

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Autorengemeinschaft

Der Arbeitsmarkt 1994 und 1995 in der
Bundesrepublik Deutschland

27. Jg./1994

4

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Der Arbeitsmarkt 1994 und 1995 in der Bundesrepublik Deutschland

Autorengemeinschaft *

Konjunkturelle Auftriebskräfte und der Aufbauprozess in den neuen Bundesländern brachten 1994 die Wirtschaft in Deutschland schneller als erwartet wieder auf Wachstumskurs. Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage gleichwohl nochmals verschlechtert.

Die Zahl der Erwerbstätigen in *Deutschland* nahm im Jahresdurchschnitt 1994 um 0,3 Mio Personen auf 35 Mio ab, die der Arbeitslosen stieg annähernd im gleichen Umfang auf 3,7 Mio. Auch weiterhin ist das Ausmaß der Unterbeschäftigung wesentlich größer als die registrierte Arbeitslosigkeit. Alles in allem dürfte sich das aktuelle Beschäftigungsdefizit – ähnlich wie im Vorjahr – auf eine Größenordnung von 5 bis 7 Mio belaufen.

Ausgelöst von der Exportnachfrage, stieg das *reale Bruttoinlandsprodukt* in Westdeutschland im Jahr 1994 nach vorläufigen Angaben um knapp 2½ %.

Auf dem Arbeitsmarkt in den *alten Bundesländern* wirkte die Rezession aber deutlich nach. Die Erwerbstätigkeit verringerte sich 1994 noch um 360 000 Personen. Das Angebot an Arbeitskräften nahm im Vergleich zu den letzten Jahren nunmehr wenig zu (+ 70 000), was hauptsächlich auf eine geringere Zuwanderung zurückzuführen ist. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg um knapp 0,3 Mio auf 2,56 Mio Personen, die Stille Reserve erhöhte sich um nahezu 0,15 Mio auf reichlich 1,9 Mio.

Auch in den *neuen Bundesländern* entwickelte sich die Wirtschaft 1994 besser als erwartet. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs nach vorläufigen Angaben um 9 %.

Die Erwerbstätigkeit wendete sich im Verlauf des Jahres 1994 zum Besseren, woran Beschäftigungsschaffende Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes wesentlichen Anteil hatten. Im Jahresmittel lag die Erwerbstätigenzahl erstmals seit der „Wende“ über der des Vorjahres (um 50 000 Personen). Das Arbeitsangebot nahm um 160 000 Personen ab, maßgebend verhaltensbedingt. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich geringfügig auf 1,14 Mio Personen. Zugleich nahm die Stille Reserve im engeren Sinne (außerhalb von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen) wiederum spürbar zu.

Den alternativen Vorausrechnungen zum Arbeitsmarkt 1995 in den *alten Bundesländern* liegt ein Wachstumskorridor des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 % bis 3,5 % zugrunde. Im Falle der Wachstumsvariante von 2,5 %, die aus gegenwärtiger Sicht eine große Eintrittswahrscheinlichkeit hat, wäre mit einer leichten Erwerbstätigenzunahme um 100 000 Personen zu rechnen. Dabei ist eine immer noch über den Trend hinausgehende Zunahme der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde und eine weiterhin spürbare Abnahme der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit angesetzt. Angesichts eines wohl kaum veränderten Erwerbspersonenpotentials könnte dann die Arbeitslosigkeit um annähernd 90 000 auf 2,47 Mio Personen sinken. Die Stille Reserve würde fast unverändert bei 1,9 Mio Personen verharren.

In den *neuen Bundesländern* dürfte 1995 das kräftige Wirtschaftswachstum anhalten (Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 8 bis 10 %). Bei einem mittleren Wachstum von 9 % könnte die Erwerbstätigenzahl um 100 000 Personen zunehmen.

Der weiter angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt kommt entgegen, daß das Arbeitsangebot 1995 weiter um 200 000 abnehmen könnte. Hauptsächlich wird diese Entwicklung von einer sinkenden Erwerbsbeteiligung bestimmt. Die Arbeitslosigkeit könnte in dieser mittleren Variante um 140 000 auf 1 Mio Personen abnehmen. Bei der Stillen Reserve im engeren Sinne ergäbe sich so ein Anstieg um 150 000 auf 360 000 Personen.

Gliederung

- 1 Gesamtsituation
- 2 Die Entwicklung 1994
 - 2.1 Alte Bundesländer
 - 2.2 Neue Bundesländer
- 3 Perspektiven 1995
 - 3.1 Alte Bundesländer
 - 3.2 Neue Bundesländer
- 4 Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) 1994 und 1995
 - 4.1 Alte Bundesländer
 - 4.2 Neue Bundesländer

Anhang

* Hans-Uwe Bach, Hans Kohler, Hanspeter Leikeb, Emil Magvas und Eugen Spitznagel sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren. Redaktionsschluß: 06. Februar 1995.

I Gesamtsituation

Die wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland haben sich 1994 merklich verstärkt. Vor allem die konjunkturellen Auftriebskräfte, aber auch der beschleunigte Aufbauprozess in den neuen Bundesländern brachten die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) – Ost und West zusammengenommen – nahm nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes um knapp 3 % zu, nachdem es 1993 – im wesentlichen rezessionsbedingt – um 1 % gesunken war.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage gleichwohl nochmals verschlechtert, aber immerhin nicht mehr so stark wie im Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland nahm um 0,3 Mio auf 35 Mio ab, die der Arbeitslosen stieg annähernd im gleichen Umfang auf 3,7 Mio. Weiterhin ist das Ausmaß der Unterbeschäftigung wesentlich größer als die registrierte Arbeitslosigkeit. Alles in allem dürfte sich das aktuelle Beschäftigungsdefizit – ähnlich wie im Vorjahr – auf eine Größenordnung von 5 bis 7 Mio belaufen.

Allerdings sind die Aussichten nicht mehr so düster wie vor einem Jahr. Zwar wird sich auch 1995 auf dem Arbeitsmarkt noch nicht viel tun, sieht man auf die erwartbare Entwicklung des Arbeitsvolumens. Aber die mittelfristigen Perspektiven werden merklich besser, wenn der Aufschwung in eine Investitionskonjunktur mit Kapazitätseffekten übergeht.

Die westdeutsche Wirtschaft konnte sich 1994 aus den Fesseln der Rezession schneller und leichter befreien als vor einem Jahr allgemein angenommen worden war. Wieder einmal kam der konjunkturelle Impuls von der Außennachfrage. Zudem entwickelten sich die Bauinvestitionen über Erwarten günstig.

Gleichermaßen große Bedeutung für den Umschwung hatten die Tarifverträge, die eine Kostenstabilisierung zuließen. Seit dem Frühjahr war klar geworden, daß es auch am Arbeitsmarkt „keinen freien Fall“ geben würde. Die damit verbundene Stimmungsbesserung ließ den privaten Verbrauch weniger zurückgehen als vielfach befürchtet worden war. Schwach blieben die für die Arbeitsplätze besonders wichtigen Ausrüstungsinvestitionen. Alles in allem nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion in den alten Bundesländern nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 1994 um knapp 2 ½ % zu.

Übersicht 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung in Westdeutschland 1995

	1991	1992	1993	1994	Alternativen 1995		
					I	II	III

A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften

– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –

Bruttoinlandsprodukt, real	+ 5.0	+ 1.8	- 1.7	+ 2.3	+ 1.5	+ 2.5	+ 3.5
Stundenproduktivität	+ 3.5	+ 0.0	+ 1.5	+ 4.5	+ 3.0	+ 3.3	+ 3.7
Arbeitsvolumen	+ 1.5	+ 1.7	- 3.1	- 2.1	- 1.5	- 0.8	- 0.2
Jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen ..	- 1.0	+ 0.8	- 1.6	- 0.9	- 1.3	- 1.1	- 0.9
dav. Tägliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 1.0	- 0.6	- 1.7	- 0.5	- 0.9	- 0.7	- 0.5
Arbeitstage-Effekt	0.0	+ 1.4	+ 0.1	- 0.4	- 0.4	- 0.4	- 0.4

Erwerbstätige	+ 2.5	+ 0.9	- 1.6	- 1.2	- 0.2	+ 0.3	+ 0.7
---------------------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

– Personen in 1000 –

Erwerbstätige insgesamt	29190	29452	28994	28636	28586	28736	28836
Deutsche	26924	27017	26389	26062	26015	26152	26243
Ausländer	2266	2435	2605	2574	2571	2584	2593
dav. Selbständige und Mithelfende	3054	3067	3064	3057	3047	3047	3047
Beschäftigte Arbeitnehmer	26136	26385	25930	25579	25539	25689	25789
Nachr.: Kurzarbeiter	145	283	767	275	250	150	120

– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 –

Erwerbstätige insgesamt	+ 711	+ 262	- 458	- 358	- 50	+ 100	+ 200
Deutsche	+ 570	+ 93	- 628	- 327	- 47	+ 90	+ 181
Ausländer	+ 141	+ 169	+ 170	- 31	- 3	+ 10	+ 19
dav. Selbständige und Mithelfende	+ 28	+ 13	- 3	- 7	- 10	+ 10	- 10
Beschäftigte Arbeitnehmer	+ 683	+ 249	- 455	- 351	- 40	+ 110	+ 210

B. Das Angebot an Arbeitskräften

– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 –

Erwerbspersonenpotential insgesamt	+ 674	+ 558	+ 285	+ 73	+ 3	+ 3	+ 3
dav. Demographie	- 106	- 115	- 152	- 199	- 223	- 223	- 223
Verhaltenskomponente	+ 93	+ 93	+ 99	+ 99	+ 94	+ 94	+ 94
Wanderungen	+ 464	+ 474	+ 331	+ 172	+ 133	+ 133	+ 133
Veränderung Pendlersaldo	+ 223	+ 106	+ 7	+ 1	- 1	- 1	- 1

Erwerbspersonenpotential Deutsche	+ 420	+ 209	+ 60	- 2	- 40	- 40	- 40
dav. Demographic	- 133	- 145	- 178	- 224	- 248	- 248	- 248
Verhaltenskomponente	+ 84	+ 86	+ 93	+ 86	+ 86	+ 86	+ 86
Wanderungen	+ 269	+ 185	+ 141	+ 118	+ 108	+ 108	+ 108
Veränderung Pendlersaldo	+ 200	+ 83	+ 4	+ 18	+ 14	+ 14	+ 14
Erwerbspersonenpotential Ausländer	+ 254	+ 349	+ 225	+ 75	+ 43	+ 43	+ 43
dav. Demographie	+ 27	+ 30	+ 26	+ 25	+ 25	+ 25	+ 25
Verhaltenskomponente	+ 9	+ 7	+ 6	+ 13	+ 8	+ 8	+ 8
Wanderungen	+ 195	+ 289	+ 190	+ 54	+ 25	+ 25	+ 25
Veränderung Pendlersaldo	+ 23	+ 23	+ 3	- 17	- 15	- 15	- 15

– Personen in 1000 –

Erwerbspersonenpotential insgesamt	32200	32758	33043	33116	33119	33119	33119
Deutsche	29367	29576	29636	29634	29594	29594	29594
Ausländer	2833	3182	3407	3482	3525	3525	3525

Noch: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung in Westdeutschland 1995

	1991	1992	1993	1994	Alternativen 1995		
					I	II	III

C. Die Arbeitsmarktbilanz – Personen in 1000 –

Registrierte Arbeitslose Insgesamt	1689	1808	2270	2556	2570	2470	2400
Deutsche	1481	1554	1925	2147	2160	2070	2005
Ausländer	208	254	345	409	410	400	395

Stille Reserve Insgesamt	1321	1498	1779	1924	1963	1913	1883
Deutsche	962	1005	1322	1425	1419	1372	1346
Ausländer	359	493	457	499	544	541	537
dav. Stille Reserve im engeren Sinne	836	1005	1243	1405	1452	1402	1372
Vollzeit-FuU-Teilnehmer	237	250	238	226	218	218	218
Teilnehmer an Deutschlehrgängen ...	76	51	55	50	45	45	45
Reha	48	55	54	40	45	45	45
Leistungsempfänger 105a AFG	9	12	16	17	17	17	17
Leistungsempfänger 105b AFG	29	30	38	41	39	39	39
Leistungsempfänger 105c AFG	63	82	127	139	145	145	145
Empfänger von Altersübergangsgeld ..	0	1	2	3	1	1	1
Empfänger von Vorruhestandsgeld	23	12	6	3	1	1	1

– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 –

Registrierte Arbeitslose Insgesamt	- 194	+ 119	+ 462	+ 286	+ 14	- 86	- 156
Deutsche	- 199	+ 73	+ 371	+ 222	+ 13	- 77	- 142
Ausländer	+ 5	+ 46	+ 91	+ 64	+ 1	- 9	- 14

Stille Reserve Insgesamt	+ 157	+ 177	+ 281	+ 145	+ 39	- 11	- 41
Deutsche	+ 49	+ 43	+ 317	+ 103	- 6	- 53	- 79
Ausländer	+ 108	+ 134	- 36	+ 42	+ 45	+ 42	+ 38
dar. Stille Reserve im engeren Sinne	+ 176	+ 169	+ 238	+ 162	+ 47	- 3	- 33

- 1) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung.
- 2) Nahtlosigkeitsleistungen.
- 3) Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall.
- 4) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg bzw. Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Quelle: Berechnungen des IAB

Am westdeutschen Arbeitsmarkt wirkte die Rezession freilich noch deutlich nach. Immerhin: Der Einbruch, so tief er Ende 1992/Anfang 1993 war, blieb auf die Industrie begrenzt. Anders als 1974/75 und 1981/82 wirkte die Bauwirtschaft stabilisierend.

Die Erwerbstätigkeit verringerte sich von ihrem letzten Höhepunkt am Beginn des Jahres 1992 bis zum Erreichen der Talsohle gegen Ende 1994 um 0,9 Mio Personen. Per saldo ging so etwas mehr Beschäftigung verloren als im Abschwung zu Beginn der achtziger Jahre (- 3/4 Mio), aber deutlich weniger als Mitte der siebziger Jahre (- 1,3 Mio). Der Rückgang konzentrierte sich auf das Verarbeitende Gewerbe, das bereits seit Mitte 1991 eine Abnahme der Beschäftigung verzeichnet. Vor allem in den Jahren 1992 und 1993 war die Entwicklung bei mittleren und größeren Betrieben ungünstiger als bei Kleinbetrieben. In der Land- und Forstwirtschaft setzte sich der trendmäßige Abbau von Arbeitsplätzen fort.

Wie Mitte der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre dauerte der Rückgang der Beschäftigung auch zuletzt etwa drei Jahre. Die Arbeitsproduktivität entwickelte sich in diesen Abschwungphasen unterschiedlich. Im Dreijahreszeitraum von 1991 (Basisjahr) bis 1994 stieg das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen insgesamt um gut 4 %. Im vergleichbaren Zeitraum 1980 bis 1983 hatte diese Größe um 3 ½ % zugenommen und von 1973 bis 1976 um 8 ½ %. Ähnliche Unterschiede zeigen sich bei der Entwicklung des Produktionsergebnisses je Erwerbstätigenstunde, also der „arbeitszeitbereinigten“ Arbeitsproduktivität. Diese nahm von 1991 bis 1994 um gut 6 % zu. Von 1980 bis 1983 war sie um knapp

5 % gewachsen, und von 1973 bis 1976 hatte sie um 10 ½ % zugelegt.

Zur Zeit läßt sich noch nicht sagen, ob diese Beobachtungen in jeweils vergleichbaren Konjunkturphasen eine auch mittelfristig wieder etwas beschleunigte Produktivitätsentwicklung signalisieren. Revisionen im zugrundeliegenden Datenmaterial – gerade bei den Zahlen am aktuellen Rand – mahnen zur Vorsicht. Gesichert erscheint aber, daß sich zumindest die massive Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts von den siebziger auf die achtziger Jahre in der ersten Hälfte der neunziger Jahre nicht mehr fortgesetzt hat.

Charakteristisch für die jüngste Rezession war, daß die Erwerbstätigkeit der Ausländer viel weniger in Mitleidenschaft gezogen wurde als die der deutschen Beschäftigten. Vor allem im Baugewerbe, im Handel und in den Dienstleistungsunternehmen, und hier insbesondere im Hotel- und Gaststättenbereich, stieg die Zahl der ausländischen Beschäftigten auch 1994 deutlich. Im Verarbeitenden Gewerbe verringerte sich die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer während des Abschwungs prozentual gerechnet weniger als die der deutschen. Gleichwohl ist die Unterbeschäftigung bei den Ausländern weit überdurchschnittlich (Arbeitslosenquote in Westdeutschland für Ausländer 1994: 16,2 %; Deutsche: 7,9 %). Dabei spielt die starke Zunahme des ausländischen Erwerbspersonenpotentials eine Rolle.

Auch in den *neuen Bundesländern* lief die Wirtschaft 1994 besser als zunächst erwartet. Endlich expandierte – freilich von sehr niedrigem Niveau aus – das Verarbeitende Gewerbe

kräftig. Aber speziell in diesem Sektor hängt nach wie vor ein erheblicher Teil der Produktion und damit der Arbeitsplätze am Tropf des öffentlichen und privaten Transfers aus Westdeutschland. Immer noch gehen die Lohnstückkosten im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt über das Niveau in den alten Bundesländern hinaus, derzeit um annähernd 1/3. Anders ausgedrückt: Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen liegt bei gut 50 %, die Löhne aber bei knapp 80 % des Westniveaus. Dies und anderes mehr hemmen einen selbsttragenden Aufschwung und stehen weitreichenden Erwartungen einer kräftigen Beschäftigungszunahme in näherer Zukunft entgegen. Immerhin wendete sich 1994 die Erwerbstätigkeit zum Besseren. Beschäftigungsschaffende Maßnahmen hatten daran wesentlichen Anteil. Die Arbeitslosigkeit nahm im *Jahresverlauf* merklich ab. Zugleich setzten sich aber die Übergänge in die Stille Reserve spürbar fort.

2 Die Entwicklung 1994

2.1 Alte Bundesländer

1994 war für den Arbeitsmarkt ein Jahr des Übergangs. Während zu Beginn die Erwerbstätigkeit noch deutlich sank, verlangsamte sich die Abnahme seit den Sommermonaten deutlich. Auf das Jahresende zu wurde die Talsohle erreicht. Zu einem Umschwung kam es aber noch nicht. Auch beim Arbeitsangebot gab es bemerkenswerte Veränderungen. Speziell der Wanderungsdruck ließ stärker nach als vor einem Jahr allgemein angenommen worden war. Nicht zuletzt deshalb tendierte die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt seit der Jahresmitte leicht nach unten.

2.1.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften

Jahresdurchschnittlich nahm die Zahl der Erwerbstätigen 1994 insgesamt um 360 000 oder gut 1 % ab (vgl. Übersicht 1). Bestimmend dafür war die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe, das seinen Personalbestand (einschl. Bergbau und Energie gerechnet) um 430 000 verringerte. Im Jahresverlauf verlangsamte sich der Abbau in diesem Bereich, zum Stillstand kam er aber noch nicht. Bauhaupt- und Baunebengewerbe legten bei der Beschäftigung erneut leicht zu. Vor allem der tertiäre Sektor blieb eine positive Gegenkraft (+ 100 000), wiewohl auch dort der Schwung weiter nachließ (1993: + 120 000; 1992: + 450 000).

Die geleistete Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen dürfte 1994 um knapp 1 % abgenommen haben. Zusammen mit dem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen um gut 1 % verringerte sich so das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen um 2 %. Wir gehen davon aus, daß die kürzere Arbeitszeit wiederum in gewissem Umfang zum Erhalt von Beschäftigungsverhältnissen beigetragen hat, zumal dem Kostenaspekt in hohem Maß Beachtung geschenkt wurde. Neuartige Formen von Arbeitszeit- und Betriebszeitflexibilisierung, die 1994 ver-

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sind alle Wege, über innovative Gestaltung der Arbeitszeit flankierend Beschäftigung zu stabilisieren, nur zu begrüßen. Die analytische Arbeitszeitrechnung wird damit freilich nicht einfacher.¹

Der Rückgang der durchschnittlich geleisteten Jahresarbeitszeit nach unserer Rechnung um, wie gesagt, knapp 1 % ist das Ergebnis vielfältiger, zum Teil auch gegenläufiger Komponenten (vgl. Übersichten 2 und 3).

Zum einen traten im Lauf des Jahres 1994 in der Holz- und Kunststoffverarbeitenden Industrie, in der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie – aus Gründen der Beschäftigungssicherung vorgezogen – in der Eisen- und Stahlindustrie (für rd. 0,5 Mio Arbeitnehmer) weitere Verkürzungen der *tariflichen Wochenarbeitszeit* in Kraft. Auf Jahresbasis gerechnet entspricht dies im Durchschnitt aller Arbeitnehmer einer Abnahme um 0,5 %.

Die Ende 1993 bei der Volkswagen AG getroffene Vereinbarung über kürzere Arbeitszeiten zur Beschäftigungssicherung wurde zum Schrittmacher für ähnliche Regelungen in anderen Tarifbereichen. Überwiegend handelt es sich um befristete Verträge zur Überbrückung der aktuellen Beschäftigungsprobleme².

Insbesondere wegen der Größe des Geltungsbereiches kommt dabei dem Rahmentarifvertrag für die Metall- und Elektroindustrie besondere Bedeutung zu. Seit April 1994 kann so im Wege von Betriebsvereinbarungen die Wochenarbeitszeit auf zwischen 30 und 36 Stunden bei entsprechender Minderung des Lohnes verkürzt werden. Nach einer Betriebsumfrage von Gesamtmetall, die das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung durchführte, wurden die neuen Spielräume für 500 000 Arbeitnehmer genutzt. Dabei dürfte die Arbeitszeit im Durchschnitt um 10 % reduziert worden sein. Das so freigewordene, nicht abgerufene Arbeitsvolumen reiche rechnerisch aus, um etwa 50 000 Entlassungen zu vermeiden³. Diese und weitere Abmachungen ähnlicher Art in anderen Tarifbereichen dürften nach unserer Einschätzung alles in allem zu einer Arbeitszeitverkürzung im Durchschnitt aller Arbeitnehmer um 0,2 Prozent⁴ – gerechnet auf Jahresbasis – geführt haben.

Zugleich gewann die Teilzeitarbeit 1994 weiter an Bedeutung. Darauf deutet auch die Entwicklung bei der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hin. Hier hat sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtzahl im trendmäßigen Ausmaß erhöht. Im Durchschnitt aller Arbeitnehmer dürfte der Teilzeiteffekt mit einem Rückgang der Jahresarbeitszeit um knapp 0,4 % (1993: – 0,2 %) zu Buche schlagen.

Andererseits wirkte die Besserung in verschiedenen Branchen jetzt wieder in Richtung längerer Arbeitszeiten. Am bedeutsamsten war dabei der Rückgang der Kurzarbeit – vor allem im Verarbeitenden Gewerbe – um ½ Mio auf 275 000 Personen. Im Durchschnitt aller Arbeitnehmer bewirkte diese Umkehr eine Verlängerung der Arbeitszeit um 0,6 % . Auch bei den Überstunden, die in den Vorjahren spürbar abgenommen hatten, gab es eine Reaktion auf die in Teilbereichen anziehende Produktion. Der Effekt für die durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Arbeitnehmer kann mit + 0,1 % veranschlagt werden.

Anhand der monatlichen Informationen über die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeiter im Jahre 1994 aus der Berichterstattung des Verarbeitenden Gewerbes läßt sich ebenfalls verfolgen, daß die in Richtung auf längere Arbeitszeit wirkenden Einflüsse, insbesondere der Abbau der Kurzarbeit, die

¹ Wir müssen einräumen, daß sich durch die neue Beweglichkeit in der Arbeitszeitlandschaft Fragen und Unsicherheiten bei Erfassung und Quantifizierung von Arbeitszeitphänomenen ergeben, auf die es noch keine präzisen Antworten gibt. Aktuelle Arbeitszeitrechnungen sind deshalb mit größeren Vorbehalten zu versehen als in der leichter überschaubaren Vergangenheit.

² Zu den Regelungen über beschäftigungssichernde Arbeitszeitverkürzungen im einzelnen und deren Würdigung vgl. Rordücker, J. und Seifert, H.: Temporäre Arbeitszeitverkürzungen zur Beschäftigungssicherung. Ein neuer beschäftigungspolitischer Ansatz? In: WSI-Mitteilungen, 47. Jg. (1994), Heft 12, S. 744 ff.

³ Vgl. Gesamtmetall-Informationen für Presse, Funk und Fernsehen Nr. 15 vom 24. August 1994.

⁴ Vgl. Der Gewerkschafter 7-8/94, S. 6 ff.

Übersicht 2: Durchschnittliche Jahresarbeitszeit und ihre Komponenten für alle Arbeitnehmer in Westdeutschland

		1991	1992	1993	1994	1995		
						VAR. I	VAR. II	VAR. III
1	Kalender-Vorgaben: Tage im Jahr	Tage	365	366	365	365	365	365
2	Sonntage	"	52	52	52	52	53	53
3	Samstage	"	52	52	52	52	52	52
4	Feiertage	"	12.7	10.1	8.9	9.0	10.0	10.0
5	Potentielle Arbeitstage (1-(2+3+4)) ..	Tage	248.3	251.9	252.1	251.0	250.0	250.0
6	Tarifliche Vorgaben:							
7	Wochenarbeitstage	Tage	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0
8	Korrigierte potentielle Arbeitstage	Std.	248.3	251.9	252.1	251.0	250.0	250.0
9	Wochenarbeitszeit	Std.	38.30	38.24	37.94	37.75	37.65	37.65
10	Tägliche Arbeitszeit (8:6)	"	7.66	7.65	7.59	7.55	7.53	7.53
11	Tariflicher Jahresurlaub	Tage	30.7	30.8	31.0	31.0	31.0	31.0
11	Urlaubsber. jährl. Arb.tage (7-10)	"	217.6	221.1	221.1	220.0	219.0	219.0
12	Tarifliche jährl. Arbeitszeit (9x11)	Std.	1666.8	1691.0	1677.7	1661.0	1649.1	1649.1
13	Krankenstand: der Personen	in %	5.50	5.40	5.15	5.25	5.25	5.30
14	in Arb.tagen (13x11:100)	Tage	12.0	11.9	11.4	11.5	11.5	11.6
15	in Arb.stunden (14x9) ..	Std.	91.7	91.3	86.4	87.2	86.6	88.2
16	Krankenstandsber. Jahresarb.zeit (12-15)	Std.	1575.1	1599.7	1591.3	1573.8	1562.5	1561.7
17	Effektive Arbeitstage pro Jahr (11-14)	Tage	205.6	209.2	209.7	208.4	207.5	207.4
18	Mehrarbeitsstunden: pro Woche	Std.	1.70	1.55	1.40	1.46	1.46	1.48
19	pro Tag (18:6) ..	"	0.34	0.31	0.28	0.29	0.29	0.30
20	pro Jahr (19x17)	"	69.9	64.8	58.7	60.9	60.6	61.4
21	Jahresarbeitszeit einschl. Mehrarb.std.	Std.	1645.1	1664.5	1650.0	1634.7	1623.1	1623.1
22	Kurzarbeit	Std.	2.8	5.7	14.7	5.8	5.3	3.1
23	Schlechtwetter	"	3.9	2.9	3.8	2.2	2.1	2.1
24	Arbeitskampf	"	0.0	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0
25	Teilzeit	"	80.0	83.7	87.3	93.0	99.5	99.6
26	Flexible Arbeitszeit	"	0.0	0.0	0.0	2.6	3.8	1.6
27	Erziehungsurlaub	"	7.0	9.1	9.4	11.7	14.5	14.5
28	Sonstiges	"	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
29	Summe (22 bis 28)	Std.	93.7	101.7	115.3	115.2	120.9	118.8
30	TATSÄCHLICHE JAHRESARBEITSZEIT (21-29)	Std.	1551.4	1562.8	1534.8	1519.4	1497.9	1502.2
31	Veränderung gegen Vorjahr	%	-0.9	0.7	-1.8	-1.0	-1.4	-1.1
32	Arbeitstage-Effekt	%	0.0	1.4	0.1	-0.4	-0.4	-0.4
33	Tägliche Arbeitszeit	"	-0.9	-0.7	-1.9	-0.6	-1.0	-0.7

Quelle: Berechnungen des IAB

Übersicht 3: Trend-, Konjunktur- und sonstige Komponenten der Jahresarbeitszeitveränderung in Westdeutschland

		1991	1992	1993	1994	1995		
						VAR. I	VAR. II	VAR. III

1. Beschäftigte Arbeitnehmer

1	Trend	%	-0.7	-0.6	-1.1	-1.0	-0.9	-0.9
2	dav. Tarifliche Arbeitszeit	%	-0.5	-0.2	-0.9	-0.5	-0.3	-0.3
3	Freiwillige Teilzeit	%	-0.2	-0.2	-0.2	-0.4	-0.4	-0.4
4	Erziehungsurlaub	%	0.0	-0.1	0.0	-0.2	-0.2	-0.2
5	Konjunktur	%	-0.2	-0.5	-1.0	0.6	-0.1	0.3
6	dav. Kurzarbeit	%	-0.1	-0.2	-0.6	0.6	0.0	0.2
7	Mehrarbeitsstunden	%	-0.1	-0.3	-0.4	0.1	0.0	0.2
8	Flexible Arbeitszeit	%	0.0	0.0	0.0	-0.2	-0.1	0.1
9	Sonstiges	%	0.0	0.1	0.3	0.1	0.0	-0.1

10	Tägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer	%	-0.9	-0.7	-1.9	-0.6	-1.0	-0.7
11	Arbeitstage-Effekt	%	0.0	1.4	0.1	-0.4	-0.4	-0.4

12	Jährliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer	%	-0.9	0.7	-1.8	-1.0	-1.4	-1.1
----	--	---	------	-----	------	------	------	------

2. Selbständige und mithelfende Familienangehörige

13	Jährliche Arbeitszeit der Selbst./Mith.	%	-1.1	1.2	-1.0	-0.5	-0.6	-0.6
----	---	---	------	-----	------	------	------	------

3. Erwerbstätige

14	Jährl. Arbeitszeit der Erwerbstätigen	%	-1.0	0.8	-1.6	-0.9	-1.3	-1.1
----	---------------------------------------	---	------	-----	------	------	------	------

Quelle: Berechnungen des IAB

Arbeitsverkürzung durch die oben erwähnten Beschäftigungssichernden Maßnahmen im Durchschnitt der Branchen im Jahr 1994 deutlich überwogen. So ist die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit der Arbeiter im Verarbeitenden Gewerbe per Saldo um 2 % gestiegen. Dies ändert nichts an der stabilisierenden Wirkung der Arbeitszeitmaßnahmen in den jeweiligen Betrieben. Freilich wird deutlich, daß der gesamtwirtschaftliche Stellenwert -jedenfalls in der Einführungsphase - nicht überschätzt werden darf.

Die 1994 wirksam gewordene Verlängerung des Erziehungsurlaubs verringerte nach unserer Modellrechnung das „effektive“ Arbeitsangebot um 90 000 Personen, obwohl diese weiterhin als Erwerbstätige gezählt werden. Bei der Jahresarbeitszeitrechnung sind für diese Personen Null Stunden anzusetzen. Daraus resultiert eine Verringerung der Jahresarbeitszeit aller Arbeitnehmer um 0,2 %. Darüber hinaus trugen weniger Arbeitstage zu einer kürzeren Arbeitszeit bei (- 0,4 %).

Bei der beschriebenen Entwicklung von BIP (+ 2 ½ %), Erwerbstätigkeit (- 1 %) und Arbeitszeit (- 1 %) errechnet sich eine Zunahme der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde um 4 ½ %. Wir werten diesen kräftigen Anstieg zum einen als Folge einer besseren Kapazitätsauslastung, wie sie für den Beginn einer konjunkturellen Aufwärtsentwicklung charakteristisch ist. Zum anderen lassen vor allem vielfältige Rationalisierungsaktivitäten und das Bemühen, höherwertige Produkte ins Angebot zu nehmen, die Arbeitsproduktivität wachsen⁵. Ob all diese Bemühungen jetzt intensiver und erfolgreicher sind als in früheren Jahren, ist schwer einzuschätzen. In den konjunkturell vergleichbaren Jahren 1976 und 1983 war jedenfalls eine ähnlich kräftige Verbesserung der Arbeitsproduktivität zu beobachten.

2.1.2 Das Angebot an Arbeitskräften

Die Zunahme des Arbeitsangebots veranschlagen wir im Jahresdurchschnitt 1994 auf 73 000 Personen (vgl. Tabelle 1 im Anhang). Spitz gerechnet ergibt sich diese Zahl aus vielen Einzelschritten. Sie soll aber nur als Größenordnung interpretiert werden. Nach unserer Rechnung resultiert dieses Ergebnis aus folgenden Komponentengrößen:

- Demographie- 199000,
- Erwerbsbeteiligung + 99 000,
- Wanderungssaldo + 172000,
- Pendlersaldo + 1 000.

Während wir uns bei den Binneneffekten (Einflüsse der Bevölkerungsentwicklung und der Erwerbsbeteiligung) auf der sicheren Seite wähnen, bestehen bei der Schätzung der Außenbeziehungen erhebliche Unsicherheiten. Dabei spielt eine Rolle, daß die vollständige Wanderungsstatistik zeitlich stark nachhinkt. Die aus Wanderungen angesetzten Angebotseffekte stützen sich auf die entsprechende amtliche Statistik, deren Ergebnisse bis zum ersten Quartal 1994 vorliegen. Wir haben in unserer Rechnung die Tendenzen, die sich im Verlauf des Jahres 1993 ergaben und die Anfang 1994 anhielten, für das Gesamtjahr 1994 fortgeschrieben, soweit nicht aktuellere Zahlen vorlagen (für Spätaussiedler, Asylbewerber).

Wie die vorstehend genannten Zahlen zeigen, wird die Veränderung des Erwerbspersonenpotentials wesentlich durch die verschiedenen Komponenten der Außenbeziehungen bestimmt. Damit ist unsere Angebotsrechnung unsicherer als in Zeiten, in denen Binneneffekte dominierten.

Die Zuzüge von *Spätaussiedlern*, die ihren Höhepunkt in den Jahren 1989/1990 hatten, und anschließend deutlich abnahmen, lagen 1994 geringfügig über dem Niveau des Vorjahres. Als Arbeitsmarkteffekt ergab sich im Jahresdurchschnitt 1994 eine Zunahme um 93 000 Personen, ähnlich wie im Vorjahr.

Der Zustrom von *Asylbewerbern* (alte und neue Bundesländer zusammengenommen) hat weiter deutlich nachgelassen. Ihre Zahl ging von fast 450 000 Personen im Jahre 1992 auf 325 000 im folgenden Jahr und 1994 weiter auf etwa 120 000 zurück. Hauptgrund der gebremsten Entwicklung ist das geänderte Asylrecht, das Mitte 1993 in Kraft trat und dessen Kern darin besteht, Personen mit Asylbegehren, die aus sicheren Drittstaaten einreisen wollen, an den Grenzen zurückzuweisen. In der Zahl der Asylbewerber sind nach wie vor auch Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten Südosteuropas enthalten.

Ein grundsätzliches Zutrittsrecht zum Arbeitsmarkt erlangen Asylbewerber, wenn sie zur Durchführung ihres Asylverfahrens eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben. Diese wird spätestens drei Monate nach der Einreise erteilt. Der Effekt der Asylzuwanderung für das Erwerbspersonenpotential betrug 1994 jahresdurchschnittlich knapp 80 000 Personen (1993: 170000).

Auch bei der übrigen Ausländer-Wanderung (also ohne Asylbewerber) gab es wesentliche Veränderungen. Während 1992 die Zuzüge von Ausländern deren Wegzüge noch um 139 000 Personen übertrafen, gingen 1993 – nach der jetzt vollständig vorliegenden Wanderungsstatistik – die Wegzüge um 25 000 Personen über die Zuzüge hinaus. In erster Linie wurde dieser Umschwung durch weniger Zuzüge bestimmt, daneben durch höhere Wegzüge als 1992. Ähnliche Entwicklungen zeigten sich auch in den beiden vorangegangenen konjunkturellen Abschwungphasen. Mangels besserer Hypothesen haben wir die Tendenzen des Jahres 1993 für 1994 fortgeschrieben. Das erscheint auch vertretbar, nachdem in der Vergangenheit die Zuwanderung erst mit Verzögerung auf die bessere Konjunktur reagierte. Bei nahezu ausgeglichenem Wanderungssaldo dieser Personengruppe ergeben sich dann im Jahr 1994 nur geringe Wirkungen für das Arbeitsangebot.

Darüber hinaus wird das Arbeitsangebot durch *Ein- und Auspendler* beeinflusst. Größere Veränderungen ergaben sich aber bei diesen Größen nach unserer Einschätzung nicht, jedenfalls nicht im Saldo. Alle Pendlerströme zusammengefaßt ergeben im Saldo annähernd Konstanz.

Die wichtigste Größe sind dabei die Pendler aus den neuen Bundesländern, deren Zahl seit 1992 auf dem Niveau von gut 0,4 Mio Personen⁶ verharrt. Der Gegenstrom hat sich in den letzten Jahren leicht erhöht und wird für 1994 auf gut 100 000 Personen geschätzt.

Ausdrücklich sei angemerkt, daß in den Ost-West-Pendlerbeziehungen auch die Bewegungen zwischen Berlin-Ost und Brandenburg einerseits und Berlin-West andererseits enthalten sind. Diese Gebiete entwickeln sich immer mehr zu einem verflochtenen Wirtschaftsraum, in dem Pendlerbezie-

⁵ Vgl. Ruppert, W., Schnur, P.: Beschäftigung und Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe – Alte Bundesländer, Herbst 1992. IAB-werkstattbericht Nr. 7 vom 24.05.1993, S. 2.

⁶ Befragungsergebnisse nach dem Arbeitsmarkt-Monitor deuten auf eine höhere Ost-West-Pendlerzahl hin. Wir halten uns in diesem Aufsatz an die amtliche Zahl im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Alle Versuche, die Pendlerzahl zu beziffern, begegnen besonderen Schwierigkeiten. Die Fehlergrenzen sind in jedem Fall beachtlich.

hungen zur alltäglichen Normalität im Gefolge der deutschen Vereinigung gehören⁷. Entsprechendes gilt für die anderen Regionen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Dies mag auch erklären, warum die Zahl der Ost-West-Pendler während der Rezession in den alten Bundesländern allem Anschein nach nicht abgenommen hat. Offensichtlich wurde der dämpfende konjunkturelle Einfluß durch regionalspezifisch aktivierende Impulse struktureller Art ausgeglichen.

Rückläufig ist die Zahl der Auspendler in das Ausland, worin – aus Gründen der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – die deutschen Beschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften enthalten sind. Durch die Auflösung von Standorten nimmt auch die Zahl der Zivilbeschäftigten ab. Diese sollten allein bei den US-Streitkräften im Verlauf des Jahres 1994 um etwa 10 000 verringert werden. Bei allen Stationierungskräften dürften Ende 1994 insgesamt noch etwa 40 000 zivile Arbeitnehmer tätig gewesen sein. Alles in allem gab es 1994 gut 100 000 Auspendler. Wichtigstes Beschäftigungsland ist die Schweiz.

Den Auspendlern stehen Einpendler aus dem Ausland gegenüber, deren Zahl 1994 schätzungsweise um knapp 20 000 auf 105 000 abnahm. Exakte statistische Nachweise hierüber sind nicht vorhanden. Anhaltspunkte zur Größenordnung liefert die Statistik der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Die letztverfügbaren Daten hierzu liegen für Mitte 1993 vor. Danach hatten knapp 100 000 Beschäftigte im Bundesgebiet West einen Wohnort im Ausland angegeben. Ob die neue Etappe des EU-Binnenmarktes ab 1993 einen merklichen Schub von Beschäftigung aus den EU-Nachbarn auf den (west-)deutschen Arbeitsmarkt bewirkt, bleibt abzuwarten. Die Hälfte aller EU-Pendler kommt aus Frankreich (33 000), gefolgt von den Niederlanden (10 000) und Belgien (2 000 Personen).

Inwiefern sich diese Tendenz 1994 fortgesetzt hat, kann noch nicht gesagt werden. Es sei aber darauf verwiesen, daß seit Anfang 1994 Arbeitnehmer aus Finnland, Schweden, Norwegen, Island und Österreich für eine Beschäftigung in Deutschland keine Arbeitserlaubnis mehr benötigen. Von praktischer Bedeutung könnte diese Regelung vor allem für Österreicher sein, von denen 11 000 im Jahr 1993 in Deutschland arbeiteten.

Unter den 100 000 Einpendlern waren des weiteren 9 100 Tschechen und in geringer Zahl Polen. Nach der Anwerbestoppausnahme-Verordnung vom 21.12.1990 können Personen aus den angrenzenden Ländern Polen und Tschechien eine Arbeitserlaubnis für eine Erwerbstätigkeit innerhalb einer bestimmten Grenzzone erhalten, wenn sie täglich in ihren Heimatstaat zurückkehren oder die Erwerbstätigkeit auf längstens zwei Tage in der Woche begrenzt ist. Diese Arbeitserlaubnis für Grenzgänger muß jährlich neu beantragt werden. 1994 wurden insgesamt 3 300 Arbeitserlaubnisse für Grenzgänger erteilt, 10 % weniger als im Vorjahr.

Ferner wird das Arbeitsangebot auch durch kurzzeitgebundene Beschäftigungen von Ausländern beeinflusst, die gleichfalls zu den Pendlern gezählt werden. Dabei handelt es sich um Saisontätigkeiten in Landwirtschaft, Garten- und Weinbau. In den Monaten Januar bis September 1994 wurden von der BA 146 000 Einstellungszusagen für *Saisonarbeiter* aus Ländern Mittel- und Osteuropas gegeben, auf das Jahr hoch-

gerechnet etwa 150 000 (Zahlen für Deutschland insgesamt, bei einem ostdeutschen Anteil von weniger als 10 %). Das waren knapp ein Fünftel weniger als 1993. Maßgebend dafür ist, daß in die Bauwirtschaft wegen des insgesamt ungünstigen Arbeitsmarktes keine Saisonkräfte mehr vermittelt wurden.

Schätzungsweise 10 % der zunächst angeforderten Saisonkräfte treten aus unterschiedlichen Gründen ihre Tätigkeit nicht an. Als durchschnittliche Beschäftigungsdauer können nach Beobachtungen der Arbeitsämter etwa zwei Monate angesetzt werden. Das ergibt auf Jahresbasis gerechnet 22 000 Saisonarbeiter (Vorjahr: 27 000).

Indirekt wird das Arbeitsangebot des weiteren durch ausländische *Werkvertragsarbeiter* beeinflusst, deren Beschäftigung insbesondere in der Bauwirtschaft einiges Gewicht hat. Das Arbeitsvolumen dieser Erwerbstätigen (und der andere damit verbundene Faktoreinsatz) wird seinem Produktionswert nach in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Dienstleistungsimport ausgewiesen und bleibt insofern in unserer Arbeitsmarktbilanz unberücksichtigt.

Gleichwohl hat dieses Arbeitsvolumen – wie jegliche Außenhandelsbeziehung – für den deutschen Arbeitsmarkt Bedeutung, weil es die Menge und die Struktur der Arbeitsmöglichkeiten für inländische Arbeitssuchende beeinflusst. Die immer wieder heftig geführte öffentliche Diskussion über die Werkvertragsarbeit belegt diese Problematik.

Im Vordergrund der Debatte steht der eine Grenzfall einer vollständigen Substitution inländischer Arbeitskräfte durch ausländische Werkvertragsarbeiter bei gleichbleibender Bauproduktion. Der andere Grenzfall wäre der der vollständigen Zusätzlichkeit, d.h. das zusätzliche Arbeitsangebot würde ausschließlich zu einer Steigerung der Erzeugung führen. Je nach regionaler Baukonjunktur und Lage auf den örtlichen Arbeitsmärkten für Bauberufe sowie unter Berücksichtigung von Preis-Kosten-Relationen wird der Effekt mehr in Richtung des einen oder des anderen Grenzfalls tendieren.

Eine seriöse Quantifizierung ist bei einem so differenzierten Geschehen nicht möglich. Das gilt für eine Partialanalyse, die sich auf den Baubereich beschränkt, wie erst recht für eine an sich unabdingbare Totalanalyse, die den Gesamtzusammenhang aller Märkte und Produktionen berücksichtigt. Zumindest mittelfristig mögliche Wohlfahrts- und Beschäftigungseffekte, die aus verstärkter internationaler Arbeitsteilung resultieren, sollten bei der Erörterung nicht übersehen werden, ebenso wie Ausweichreaktionen bei einer Einschränkung dieser Tätigkeiten – wie verstärkte Zuwanderung oder Abtauchen in illegale Beschäftigung.

Mitte 1994 erlaubte der Kontingentrahmen für die ost- und mitteleuropäischen Länder die Beschäftigung von 65 000 Arbeitnehmern, darunter 43 000 für das Baugewerbe. Tatsächlich waren um diese Zeit 44 000 Werkvertragsarbeiter aus diesen Ländern in Deutschland beschäftigt, 40 000 weniger als ein Jahr zuvor.

Hinzu kommt die Möglichkeit, daß Unternehmen aus EU-Mitgliedsländern ebenfalls über Werkverträge mit deutschen Firmen ausländische Arbeitnehmer beschäftigen. Diese Beschäftigungen laufen außerhalb der Kontingentierung und damit außerhalb der Einflußnahme durch die BA, es sei denn, die Arbeitnehmer wären arbeitserlaubnispflichtig. Die Bauwirtschaft schätzt, daß 1994 etwa 100 000 Werkvertragsarbeiter, insbesondere aus Großbritannien, Irland, Portugal und Griechenland, zeitweilig in Deutschland beschäftigt wurden⁸.

⁷ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Ost-West-Pendeln gehört zur Normalität des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes. In: Wochenbericht 51-52/94 vom 22.12.1994.

⁸ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 274, 25.11.1994.

2.1.3 Die Arbeitsmarktbilanz

Der Anstieg des nichtbeschäftigten Teils des Erwerbspersonenpotentials um reichlich 0,4 Mio Personen schlug sich wiederum nur zum Teil in registrierter Arbeitslosigkeit nieder. Die Zahl der *Arbeitslosen* lag im Jahresdurchschnitt 1994 bei 2,56 Mio – das waren knapp 0,3 Mio mehr als 1993.

Die *Stille Reserve* ist insgesamt um 0,15 Mio auf 1,9 Mio Personen gewachsen. Diese Größe besteht aus unterschiedlichen Personengruppen, die mehr oder weniger schwer zu quantifizieren sind.

Formal gemeinsam ist den meisten, daß sie nicht als Arbeitslose gemeldet und auch nicht erwerbstätig sind, und zum Teil aktuell, zu einem anderen Teil zumindest unter günstigen Arbeitsmarktbedingungen an einer Arbeitsaufnahme interessiert wären. Dazu gehören Männer und insbesondere Frauen, die gegenwärtig im Status „privater Haushalt“ verharren, ohne anderwärts statistisch erfaßt zu sein. Dies gilt für Deutsche und Ausländer gleichermaßen. Bei Ausländern, die nicht aus EU-Staaten stammen, kommt hinzu, daß diese nur unter eingeschränkten Bedingungen als arbeitslos registriert werden.

Weiter sind zur Stillen Reserve die Personen zu rechnen, die wegen der aktuellen begrenzten Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes Warteschleifen im Bildungswesen, insbesondere an Hochschulen, ziehen. Ein Teil der verlängerten Studienzeiten geht darauf zurück. Die Gründe für Warteschleifen sind komplex. Neben der aktuellen Arbeitsmarktlage und -entwicklung spielen sicher auch andere Aspekte eine Rolle.⁹ Ebenso zählen zur Stillen Reserve Personen, die sich in AFG-geförderter beruflicher Vollzeit-Weiterbildung und in Sprachlehrgängen befinden.

Ferner gehören hierher ältere Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, die nicht mehr jede zumutbare Arbeit annehmen wollen und deshalb nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden (§ 105 c AFG) und weiter Empfänger von Vorruhestandsleistungen, soweit sie nicht als Arbeitslose gezählt werden. Entscheidend für die Zuordnung zur Stillen Reserve ist, daß diese Personen unter günstigen Arbeitsmarktbedingungen beschäftigt wären oder eine Beschäftigung wünschen. Irrelevant ist dagegen, daß sie unter den gegenwärtigen schwierigen Arbeitsmarktbedingungen die Hoffnung auf eine Stelle mehr oder weniger aufgegeben haben.

Außerdem rechnen zur Stillen Reserve Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, die während einer Erkrankung, soweit diese dem Arbeitsamt gemeldet wird, nicht als Arbeitslose gezählt, sondern gesondert nach § 105 b AFG ausgewiesen werden. Diese Zuordnung mag als unbefriedigend empfunden werden, denn tatsächlich stehen sie dem Arbeitsmarkt vorübergehend nicht zur Verfügung. Es ist aber zu bedenken, daß mit dieser konzeptionellen Zuordnungsschwäche auch alle Erwerbsstatistiken behaftet sind: Denn jeder arbeitsunfähig erkrankte Erwerbstätige wird – analog – gleichwohl als Erwerbstätiger gezählt. Vergleichbares gilt für Personen, die Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bei nicht nur vorübergehender Minderung ihrer Leistungsfähigkeit beziehen (§ 105 a AFG).

Die vorstehenden Ausführungen zur Stillen Reserve sollten deutlich machen, daß diese Größe unverzichtbarer Bestandteil

⁹ Vgl. Blien, U.; Tessaring, M.: Abgangsalter aus dem Bildungswesen und Arbeitsmarktsituation. Ergebnisse der Bildungsgesamtrechnung des IAB. In: MittAB 1/89, S. 85 ff.

2.2 Neue Bundesländer

Auch im Osten hellte sich 1994 die wirtschaftliche Lage deutlicher auf als noch im Frühjahr erwartet. Zur kräftigen Aufwärtsentwicklung trug die günstige Entwicklung der Auslandsaufträge beim Verarbeitenden Gewerbe bei. Allem Anschein nach gelingt es den Unternehmen allmählich besser, insbesondere auf westlichen Exportmärkten Fuß zu fassen. Die mittel- und osteuropäischen Ländern verloren als Absatzmärkte allerdings auch 1994 weiter an Bedeutung.

Von Einfluß auf das Wirtschaftswachstum ist aber auch, daß der Neuaufbau der Kapazitäten jetzt mehr und mehr produktions- und damit beschäftigungswirksam wird. Die anhaltend wachsende Endnachfrage kommt so allmählich mehr dem „internen“ Wirtschafts- und Arbeitsmarktgeschehen zugute.

Nach vorläufigen amtlichen Zahlen ist das BIP 1994 um 9 % gewachsen, nach knapp 6 % im Jahr 1993 und knapp 8 % im Jahr 1992.

2.2.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften

Während die Datenbasis für manche gesamtwirtschaftliche Komponenten eine separate Darstellung für die neuen Bundesländer (und ebenso für die alten) zunehmend erschwert, verbessert sich die statistische Einsicht in das Beschäftigungsgeschehen. So gewinnt die Datei der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an Aussagekraft, auch wenn noch nicht alle Anlaufschwierigkeiten dieses komplizierten Verfahrens überwunden sind. Der Wert dieser Datei liegt vor allem darin, daß diese – anders als verschiedene Bereichsstatistiken – auch Kleinbetriebe berücksichtigt und ebenso den gesamten Dienstleistungssektor. Andererseits fehlen bei ihr freilich die nicht Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten: Selbständige und Mithelfende, Beamte (einschl. Berufs- und Zeitsoldaten) sowie geringfügig Beschäftigte.

Vor einem Jahr kamen wir nach Zusammentragen aller mehr oder weniger bruchstückhaften Informationen zu der Einschätzung, daß 1994 das Jahr des Umschwungs bei der Erwerbstätigkeit werden könnte, vor allem dann, wenn Beschäftigungsschaffende Maßnahmen nach dem AFG weiterhin nachhelfen würden. Gemessen an dem, was damals allgemein erwartet wurde, war dies optimistisch. Offensichtlich hat uns dieser induktive Weg einer Vorausschätzung aber nicht in die Irre geleitet.

Nach der vorläufigen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes lag die Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) im Jahresdurchschnitt 1994 bei gut 6,3 Mio. Sie überschritt damit das Niveau des Vorjahres um 50 000 (vgl. Übersicht 4).

Die bis jetzt für das zweite Halbjahr 1994 verfügbaren Daten über die Entwicklung der beitragspflichtigen Beschäftigten nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) und der beschäftigten Pflichtversicherten der gesetzlichen Krankenkassen deuten darauf hin, daß sich die Aufwärtsentwicklung der Erwerbstätigkeit nach der Jahresmitte fortgesetzt hat. Nach unserer Einschätzung dürfte sie auf das Jahresende zu den Vorjahresstand um über 100 000 übertroffen haben. ABM und Maßnahmen nach § 249h AFG trugen erheblich dazu bei.

Die Wende zum Besseren geht mit einer anhaltenden Beschäftigungsexpansion im Bauhaupt- und im Baunebengewerbe einher. Zum anderen hat sich der Personalabbau im Verarbeitenden Gewerbe und in der Landwirtschaft im Verlauf des Jahres 1994 zumindest stark verlangsamt. In der Energiewirtschaft (einschl. Bergbau) setzte sich dagegen der

Übersicht 4: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland 1995

	1991	1992	1993	1994	Alternativen 1995		
					I	II	III

A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften

– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –

Bruttoinlandsprodukt, real	- 19.2	+ 7.8	+ 5.8	+ 8.9	+ 8.0	+ 9.0	+ 10.0
Stundenproduktivität	+ 6.3	+ 8.8	+ 6.6	+ 8.9	+ 8.6	+ 8.7	+ 8.9
Arbeitsvolumen	- 24.1	- 0.9	- 0.7	- 0.0	- 0.6	+ 0.3	+ 1.0
Jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen ..	- 8.5	+ 12.3	+ 2.3	- 0.8	- 1.5	- 1.3	- 1.2
dav. Tägliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 7.7	+ 11.0	+ 2.1	- 0.4	- 1.1	- 0.9	- 0.8
Arbeitstage-Effekt	- 0.8	+ 1.3	+ 0.2	- 0.4	- 0.4	- 0.4	- 0.4

Erwerbstätige	- 17.0	- 11.7	- 2.9	+ 0.8	+ 0.9	+ 1.6	+ 2.2
---------------------	--------	--------	-------	-------	-------	-------	-------

– Personen in 1000 –

Erwerbstätige Insgesamt	7321	6463	6273	6323	6383	6423	6463
dav. Selbständige und Mithelfende	371	417	452	478	498	498	498
Beschäftigte Arbeitnehmer	6950	6046	5821	5845	5885	5925	5965
Nachr.: Kurzarbeiter	1616	370	181	97	100	70	50

– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 –

Erwerbstätige Insgesamt	- 1499	- 858	- 190	+ 50	+ 60	+ 100	+ 140
dav. Selbständige und Mithelfende	+ 119	+ 46	+ 35	+ 26	+ 20	+ 20	+ 20
Beschäftigte Arbeitnehmer	- 1618	- 904	- 225	+ 24	+ 40	+ 80	+ 120

B. Das Angebot an Arbeitskräften

– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 –

Erwerbspersonenpotential insgesamt	- 296	- 55	- 138	- 163	- 196	- 196	- 196
dav. Demographie	0	0	0	- 15	- 21	- 21	- 21
Verhaltenskomponente	+ 69	+ 81	- 150	- 149	- 202	- 202	- 202
Wanderungen	- 175	- 67	0	+ 2	+ 24	+ 24	+ 24
Veränderung Pendlersaldo	- 190	- 69	+ 13	- 1	+ 3	+ 3	+ 3

– Personen in 1000 –

Erwerbspersonenpotential insgesamt	8961	8906	8768	8605	8409	8409	8409
--	------	------	------	------	------	------	------

C. Die Arbeitsmarktbilanz

– Personen in 1000 –

Registrierte Arbeitslose insgesamt	913	1170	1149	1142	1030	1000	980
--	-----	------	------	------	------	------	-----

Stille Reserve insgesamt	727	1273	1346	1140	996	986	966
dav. Stille Reserve im engeren Sinne	0	20	120	210	370	360	340
Vollzeit-FuU-Teilnehmer	169	425	345	241	218	218	218
Teilnehmer an Deutschlehrgängen ...	0	3	6	7	8	8	8
Reha	1	4	5	4	8	8	8
Leistungsempfänger 105a AFG 2)	0	0	3	8	8	8	8
Leistungsempfänger 105b AFG 3)	3	9	13	18	18	18	18
Leistungsempfänger 105c AFG 4)	0	1	1	2	3	3	3
Empfänger von Altersübergangsgeld ..	189	516	639	524	326	326	326
Empfänger von Vorruhestandsgeld	365	295	214	126	37	37	37

– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 –

Registrierte Arbeitslose insgesamt	+ 673	+ 257	- 21	- 7	- 112	- 142	- 162
--	-------	-------	------	-----	-------	-------	-------

Stille Reserve insgesamt	+ 530	+ 546	+ 73	- 206	- 144	- 154	- 174
dav. Stille Reserve im engeren Sinne	0	+ 20	+ 100	+ 90	+ 160	+ 150	+ 130

- 1) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung.
- 2) Nahtloskeitsleistungen.
- 3) Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall.
- 4) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg bzw. Egghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Quelle: Berechnungen des IAB

Rückgang fort. Der Dienstleistungssektor insgesamt verzeichnet wie schon in den Vorjahren Beschäftigungsgewinne. Diese sind aber nicht so groß wie vielfach vermutet wird, weil es auch dort Bereiche mit Anpassungsbedarf gibt.

So bieten die einzelnen Bereiche des Dienstleistungssektors ein uneinheitliches Bild. Aus vorläufigen Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik der BA geht hervor, daß zumindest bis Mitte 1994 der Beschäftigtenbestand im Handel gehalten wer-

den konnte. Dagegen setzte sich der Personalabbau im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung fort. In erster Linie waren davon Beschäftigte bei Bahn und Post betroffen. Der Personalstand des Finanz- und Versicherungsgewerbes scheint nach der Aufbauphase vorerst eine gewisse Sättigung erreicht zu haben.

Ungebrochen expandierte die Erwerbstätigkeit bei Dienstleistungsunternehmen und Organisationen ohne Erwerbszweck. Vor allem letztere profitierten von der Ausweitung Beschäftigungschaffender Maßnahmen in den sozialen Diensten, bei Jugendhilfe, Breitensport und freier Kulturarbeit.

Der Personalabbau bei den Gebietskörperschaften hielt 1994 an. Im Vergleich zu den alten Bundesländern ist der öffentliche Dienst aber immer noch deutlich stärker besetzt.

2.2.2 Das Angebot an Arbeitskräften

Auch 1994 ging das *Arbeitsangebot* spürbar zurück. Wir veranschlagen die Abnahme auf 160 000 Personen und damit etwas größer als 1993 (vgl. Tabelle 4 im Anhang). In den ersten Jahren nach der Wende war das Erwerbspersonenpotential in erster Linie wanderungsbedingt und durch den anschwellenden Pendlerstrom wesentlich stärker gesunken. Schon 1993 hatten diese Bewegungen per saldo nicht mehr zu einer Verringerung des Arbeitsangebots geführt. Auch 1994 könnten sich die aus den „Außenkomponenten“ resultierenden Zunahme- und Abnahmeeffekte nach unserer Einschätzung kompensiert haben.

Eine anhaltende Entlastung des Arbeitsangebots kam, wie schon in den Vorjahren, durch sinkende Erwerbsneigung und wachsende Bildungsbeteiligung zustande, aber wohl in kleineren Größenordnungen als allgemein vermutet.

Seit mehreren Jahren wird die Frage diskutiert, in welchem Tempo der wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozeß die Erwerbsneigung der Bevölkerung sinken läßt. Wir beobachten diese Entwicklung insbesondere anhand der Befragungsergebnisse des Arbeitsmarkt-Monitors.¹⁰ Dieser erlaubt, die Entwicklung über einen längeren Zeitraum hinweg konsistent zu beschreiben.

Im Rahmen dieser Erhebung wird die Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter u.a. nach ihrem Erwerbsstatus bzw. Nichterwerbsstatus befragt. Damit läßt sich eine ungefähre Vorstellung von der Verteilung dieser Bevölkerungsgruppe auf die wichtigsten sozioökonomischen Kategorien nach Niveau und Entwicklung gewinnen.“

Im folgenden wird anhand des Arbeitsmarkt-Monitors auf die Entwicklung der *Erwerbstätigenquote* (= Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter),

¹⁰ Dabei handelt es sich um die periodische Befragung einer 0,1 %-Stichprobe der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (16- bis 64jährige) in den neuen Bundesländern, die im Auftrag der BA von Infratest-Sozialforschung München durchgeführt wurde. Die Befragungen wurden zu folgenden Zeitpunkten vorgenommen; November 1990 mit Retrospektivbefragung für November 1989, März, Juli und November 1991, Mai und November 1992, November 1993 und abschließend November 1994. Zur fortlaufenden Berichterstattung vgl. Infratest-Sozialforschung: Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer, BeitrAB 148.

¹¹ Vgl. Leikeb; H., Magvas, E.: Beschäftigung stabilisiert sich allmählich auf niedrigerem Niveau. IAB-Werkstattbericht Nr. 4/1994.

¹² In die gleiche Richtung weisen Verlaufsuntersuchungen einzelner Kohorten. Vgl. dazu Bielenski, H.; Brinkmann, C.; Kohler, B.: Erwerbsverläufe und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Ostdeutschland. Ergebnisse des Arbeitsmarkt-Monitors über die berufliche Veränderungen 1989 bis 1993. IAB-Werkstattbericht Nr. 12 vom 14.12.1994, insbesondere Tabellen 1 und 2.

der *Erwerbsquote* (= Anteil der Erwerbspersonen, also Erwerbstätige plus gemeldete Arbeitslose, an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter) und der *Erwerbspersonenpotentialquote* (= Anteil der Erwerbstätigen plus gemeldete Arbeitslose plus Stille Reserve im weiteren Sinn an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter) eingegangen (jeweils Inländerkonzept).

Von 1990 bis 1993 haben sich im Erwerbsstatus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter große Veränderungen ergeben. Innerhalb dieser drei Jahre nahm die Zahl der abhängig Beschäftigten von 7,5 Mio auf 5,8 Mio Personen ab. Damit reduzierte sich ihr Anteil von 70 % auf 56 %. Beachtung verdient die Zunahme der Zahl der Selbständigen einschl. Mithelfenden auf zuletzt 0,4 Mio Personen, deren Anteil von 2 ½ % im Jahr 1990 auf knapp 4 % im Jahr 1993 gestiegen ist; er erreicht damit aber noch nicht den von Westdeutschland (6 ½ %). Der Anteil der Auszubildenden in den neuen Bundesländern beläuft sich seit 1991 auf etwa 3 ½ %.

Unter Einschluß der anderen Gruppen, die in der gesamtwirtschaftlichen Erwerbsstatistik zu den Erwerbstätigen gezählt werden, hatte die *Erwerbstätigenquote* 1990 bei 79 % gelegen, bis 1993 ging sie auf knapp 65 % zurück. (Trotz dieses Einbruchs waren damit 1993 in den neuen Bundesländern prozentual ebenso viele Personen erwerbstätig wie in den alten Bundesländern.)

In engem Zusammenhang mit dem starken Rückgang der Erwerbstätigenquote erhöhte sich der Anteil der Arbeitslosen um 5 ½ %-Punkte auf 11 % und der Personenkreis der Bezieher von Vorruhestands- und Altersübergangsgeld um 4 ½ %-Punkte (auf knapp 9 %). Darüber hinaus wurde ein Teil der Erwerbstätigenabnahme durch berufliche Weiterbildung aufgefangen. 1993 belief sich deren Anteil auf gut 3 %, gegenüber ½ % im Jahr 1990.

Merkliche Veränderungen sind auch bei der Bildungsbeteiligung (außerhalb der beruflichen Weiterbildung) zu beobachten. So erhöhte sich der Anteil der Schüler/Studenten – ebenfalls gerechnet an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter – von 4 % im Jahr 1990 auf 5 V: % im Jahr 1993.

Einen ausgeprägten „Rückzug vom Arbeitsmarkt“ – sei es in die Stille Reserve im engeren Sinn (außerhalb der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen), die zum Erwerbspersonenpotential zählt, sei es in das Nichterwerbspersonenpotential – lassen die Befragungsergebnisse bis 1993 nicht erkennen.

Spürbar gesunken ist freilich die *Erwerbsquote*, die in der üblichen Abgrenzung Erwerbstätige und gemeldete Arbeitslose umfaßt. Sie hatte 1990 bei 84 % gelegen und verringerte sich bis 1993 auf 75 %. Im Sinne einer Gesamtbetrachtung müssen aber die Bezieher von Vorruhestands- und Altersübergangsgeld sowie die Personen in beruflicher Weiterbildung (soweit nicht im Rahmen einer Erwerbstätigkeit) und der Kreis der nicht gemeldeten Arbeitslosen als *potentielle Erwerbspersonen* einbezogen werden. Diese Kategorien berücksichtigt, ergibt sich nach den Befragungen für 1990 eine *Erwerbspersonenpotentialquote* von 89 ½ %. Sie hat seither nur leicht – bis 1993 auf 87 ½ % – abgenommen¹².

Die Befragungsergebnisse deuten darauf hin, daß sich das Erwerbsverhalten der Bevölkerung in den neuen Bundesländern bis jetzt nur langsam, nicht sprunghaft an das Erwerbsverhalten in den alten Bundesländern annähert. Offensichtlich verändern sich langjährig gelebte gesellschaftliche und individuelle Prägungen und Rollenverständnisse

auch bei einem Systemwechsel nur allmählich. Handfeste ökonomische Gründe kommen dazu: Gleichen sich auch die Einkommensverhältnisse für viele Haushalte – freilich nicht für alle – zunehmend den Bedingungen in den alten Ländern an, so ist doch der Abstand beim Real- und Geldvermögen noch gravierend, so daß von daher weit weniger Konsumwünsche finanziert werden können. Das Ziel, zum materiellen Lebensstandard in den alten Bundesländern aufzuschließen, kann unter den gegebenen Umständen nur über eine hohe Erwerbsbeteiligung erreicht werden. Soweit zu den empirischen Befunden des Arbeitsmarkt-Monitors und deren Interpretation.

Für unsere Modellrechnung zum Arbeitsangebot im Rahmen der Arbeitsmarktbilanz sehen wir keinen Anlaß, unsere Einschätzung, die wir vor einem Jahr für 1994 abgaben, grundsätzlich zu ändern. Wir gehen weiterhin davon aus, daß das Arbeitsangebot infolge steigender Bildungsbeteiligung erneut um knapp 50 000 Personen abgenommen haben könnte. Darüber hinaus könnte das Erwerbspersonenpotential durch andere Übergänge in das Nichterwerbspotential (sinkende Erwerbsbeteiligung, u.a. bei verheirateten Frauen und Älteren) um 100 000 gesunken sein.

Aus den Wanderungsbeziehungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern resultierten auch 1994 noch dämpfende Effekte für das Arbeitsangebot. Sie wurden aber durch Zuwanderungen aus dem Ausland, insbesondere von Spätaussiedlern und Asylbewerbern, aufgewogen. Auch die Pendlerbewegungen dürften per saldo das Potential kaum verändert haben.

2.2.3 Die Arbeitsmarktbilanz

Bei dieser Konstellation von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt belief sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1994 auf 1,14 Mio¹³; das waren geringfügig weniger als im Vorjahr. Auch im Osten verdeckt die jahresdurchschnittliche Betrachtung die Besserungstendenzen im Jahresverlauf.

Trotz insgesamt nachlassender Entlastungswirkungen durch arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen gilt weiterhin: Die registrierte Arbeitslosigkeit beschreibt gerade in den neuen Bundesländern das Ausmaß der Unterbeschäftigung unzureichend. Zum einen befanden sich alles in allem immer noch 1,3 Mio Menschen in Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik oder wurden durch Vorruhestandsregelungen aufgefangen. Unter den besonderen Bedingungen des Transformationsprozesses gäbe es für diesen Personenkreis ohne diese Maßnahmen kaum eine Alternative zur Arbeitslosigkeit.

Zum anderen baut sich die Stille Reserve im engeren Sinne auf, die 1994 um 90 000 auf 210 000 gewachsen sein dürfte. Dabei handelt es sich im wesentlichen um Personen, die keine Ansprüche auf Lohnersatzleistungen nach dem AFG (mehr) haben und ihre Arbeitslosmeldung nicht weiter verlängerten oder sich von vornherein nicht beim Arbeitsamt meldeten (Berufsanfänger, Berufsrückkehrer).

¹³ Vor einem Jahr hatten wir für 1994 eine Arbeitslosigkeit in der Größenordnung von 1,25 Mio Personen vorausgeschätzt. Wenn es besser kam, so hängt dies zum einen mit den Wanderungs- und Pendlerbewegungen zusammen, von denen – entgegen unserer damaligen Annahme – noch kein expansiver Effekt auf das Arbeitsangebot ausging. Zum anderen wirkte das Altersübergangsgeld mehr entlastend als von uns eingeschätzt. Bei gegebenem Arbeitsangebot bedeutet letzteres eine stärkere Besetzung der Stillen Reserve bei entsprechender Reduktion der Arbeitslosigkeit.

3 Perspektiven 1995

Das IAB sieht für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1995 Chancen und Risiken. Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang einer Reihe von Fragen zu, z.B.: Werden die Tarifparteien, den 1994 eingeschlagenen Weg beschäftigungsorientierter Vereinbarungen fortsetzen können? Schreitet der Staat bei der Begrenzung seiner Ausgaben weiter voran? Setzen sich die expansiven Tendenzen im Welthandel, die den deutschen Export stützen, fort? Wie entwickelt sich die private Konsumnachfrage auch angesichts steigender Abgaben?

Im Zuge der 1994 in Gang gekommenen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung dürfte es aber insgesamt an potentiell angelegter Nachfrage wenig mangeln; jedenfalls liegt hier aus gegenwärtiger Sicht die deutlich kleinere Sorge. Entscheidend wird vielmehr – mit Blick auf die internationale Standortkonkurrenz – die gesamtwirtschaftliche und branchenmäßige Wettbewerbsposition sein. Was den Staat anbelangt, so sind zwar die Weichen in Richtung Konsolidierung gestellt worden. Diese wird aber – soweit bis jetzt erkennbar – im wesentlichen mit höheren Abgaben erkaufte und weniger über eine Drosselung der Ausgaben.

Wir haben je drei Varianten zum Arbeitsmarkt – ausgehend von unterschiedlichen Einschätzungen der Entwicklung des BIP – für die alten und für die neuen Bundesländer durchgerechnet.

Bei Variante I, dem ungünstigen Fall, käme die Aufwärtsentwicklung im Westen mehr oder weniger zum Stillstand. Der zyklischen Belebung würden dabei wieder verstärkt die strukturellen Anpassungsprobleme entgegenwirken, die in der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Diskussion in den vergangenen Monaten eine eher geringe Rolle gespielt haben, die aber kaum schon aus der Welt geschafft sind. Mit einer Stagnation im Jahresverlauf wäre auch zu rechnen, wenn – entgegen den mehrheitlichen Erwartungen – die (externen und internen) konjunkturellen Auftriebskräfte nachlassen würden. Wir halten ein solches Szenario für wenig wahrscheinlich.

Bei weiter verbesserten internen Rahmenbedingungen und günstigerer weltwirtschaftlicher Entwicklung könnte sich der Aufschwung fortsetzen. Dieser Konstellation geben wir eine hohe Wahrscheinlichkeit. Dabei halten wir zwei Varianten für möglich. Die eine (Variante II) steht für eine anhaltende konjunkturelle Belebung im bisherigen Tempo, die andere für einen beschleunigten Aufwärtsprozeß (Variante III).

In den neuen Bundesländern ist der Grundstrom des Wachstums aufgrund der Ausgangslage (vergleichsweise niedrige Produktion und hoher ungedeckter Bedarf) und der vielfältigen finanzpolitischen Hilfen vorerst immer noch zu einem guten Teil autonom. Aber mit fortschreitender Verflechtung gewinnen die westdeutsche Konjunktur und die Auslandsnachfrage zunehmend Einfluß. Vor allem der Fortgang im verarbeitenden Gewerbe wird davon bestimmt. Wir haben deshalb auch hier mit drei Varianten gerechnet. Maßgebend für die Setzungen ist dabei: Je stärker die Expansion im Westen, desto größer die Chance für den Aufschwung im Osten. (Dabei kämen dann auch Rückkoppelungen zum Tragen, so daß sich der Prozeß in Ost und West auch gegenseitig verstärken könnte.)

3.1 Alte Bundesländer

Die Vorausrechnungen der Institute für 1995 sind im Laufe der vergangenen Monate optimistischer geworden. Mehrheitlich lautet die gegenwärtige Aussage für das reale Wachstum

des Bruttoinlandsprodukts auf „+ 2 ½ %“.¹⁴ Ebenso erwartet der Sachverständigenrat eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten um 2 ½ %.¹⁵ Neuerdings wird aber auch ein Anstieg des BIP um 3 % für möglich gehalten.¹⁶

Das IAB hat seinen Alternativrechnungen zum Arbeitsmarkt drei Wachstumsvarianten (1 ½ %, 2½ % und 3½ %) zugrunde gelegt. Dabei geben wir der mittleren Entwicklung die größte Eintrittswahrscheinlichkeit, auf die sich auch die textliche Darstellung konzentriert. Was die pessimistische Variante I und die betont optimistische Variante III für den Arbeitsmarkt bedeuten könnten, ist im einzelnen der Übersicht I zu entnehmen.

3.1.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften

Die Entwicklung der Arbeitsnachfrage wird über die Größen Wirtschaftswachstum, Veränderung der Arbeitsproduktivität und der Arbeitszeit bestimmt, wobei freilich stets zu berücksichtigen ist, daß sich diese Größen auch mehr oder weniger gegenseitig beeinflussen.

Der trendmäßige Rückgang der Jahresarbeitszeit durch die Komponenten Tarif und Teilzeit könnte im Jahresdurchschnitt 1995 mit - 0,7 % zu Buche schlagen (vgl. Übersicht 3).

Bei der jahresdurchschnittlichen Entwicklung der Wochenarbeitszeit ist zu berücksichtigen, daß die Mehrzahl der schon länger abgeschlossenen Tarifvereinbarungen über die Einführung der 35-Stunden-Woche erst zu Beginn des vierten Quartals in Kraft treten wird. Dann soll die in der Metall- und Elektroindustrie (3,7 Mio Beschäftigte) geltende 36 Stunden-Woche auf 35 Stunden verkürzt werden. Weiter wird in der Druckindustrie (185 000 Beschäftigte) ab April ebenfalls die 35-Stunden-Woche eingeführt. Der jahresdurchschnittliche Effekt dieser und weiterer Wochenarbeitszeitverkürzungen ist mit - 0,3 % zu veranschlagen.

Bei der üblichen, überwiegend freiwilligen Teilzeitarbeit gehen wir davon aus, daß sich der im Vorjahr beobachtete Beschleunigungseffekt 1995 wiederholt (- 0,4 %). Die intensivierte Bemühungen um eine verstärkte Einführung dieser Beschäftigungsform könnten dazu beitragen. Darüber hinaus wird die im Vorjahr wirksam gewordene Verlängerung des Erziehungsurlaubs nochmals mit dem gleichen Effekt (- 0,2 %) zu Buche schlagen (rechnerischer Überhang).

Wie sich 1995 die „akzeptierte“ tarifvertragliche Teilzeitarbeit zur Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen in einigen Bereichen entwickelt, ist schwer vorauszusagen. Grundsätzlich sind die seit Ende 1993 getroffenen Regelungen befristet als Übergangsmaßnahmen für die Zeit der Auftragsflaute gedacht. Allerdings hatten die Rahmenvereinbarungen das gesamte Jahr 1994 über zu konkreten Umsetzungen auf betrieblicher Ebene geführt. Wir rechnen damit, daß dies auch 1995 so sein wird. Denn die Konjunktur, auch wenn sie jetzt läuft, wird nicht flächendeckend alle personellen Kapazitätsreserven aufsaugen. Wie sich neue, fortgeführte und aufgehobene Einschränkungen indes saldieren, ist schwer einzuschätzen. Mangels besserer Hypothesen haben wir keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr in unsere Rechnung genommen.

¹⁴ Vgl. Mehrheitsvotum bei der Gemeinschaftsdiagnose. Das DIW hält dagegen ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % für wahrscheinlich.

¹⁵ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1994/95. Wiesbaden, November 1994.

¹⁶ Vgl. z.B. Institut für Weltwirtschaft: Kieler Kurzberichte aus dem Institut für Weltwirtschaft, Nr. 21/1994.

¹⁷ Vgl. Deutscher Industrie- und Handelstag: Wirtschafts- und Erwartungs- Ergebnisse der DIHT-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern Herbst 1994. Bonn 1994.

Der nochmalige Abbau der Kurzarbeit könnte – auf alle Arbeitnehmer bezogen – die Jahresarbeitszeit um 0,2 % erhöhen. Mehrarbeitsstunden sind im gleichen Umfang wie 1994 in die Rechnung eingestellt. Wir gehen davon aus, daß bei stabiler Konjunkturerwartung jetzt verstärkt zusätzliche Einstellungen vorgenommen werden.

Die Verringerung der Arbeitstage – bedingt durch andere Lage beweglicher Feiertage als im Vorjahr – bedeutet eine Abnahme der Jahresarbeitszeit um 0,4 %. Dabei ist die Streichung eines Feiertags als Kompensation für die Kosten der Unternehmen durch die Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung bereits eingerechnet, auch wenn das Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Für unsere Rechnung halten wir es für irrelevant, welcher Feiertag es sein wird oder ob ein Urlaubstag dafür angerechnet wird.

Alles in allem ergibt sich nach unserer Kalkulation ein Rückgang der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen um rund 1 %.

Tendenziell wirkt eine Abnahme der Arbeitszeit steigend auf die Arbeitsproduktivität je Stunde. Stärker noch dürften auch 1995 die Produktivitätsreserven zum Tragen kommen, die sich rezessionsbedingt 1992 und 1993 aufgestaut haben, und die nach unserer Einschätzung 1994 erst zu einem Teil aktiviert wurden. Die Erfahrungen der beiden vorangegangenen Zyklen zeigen jedenfalls deutlich, daß auch im zweiten Jahr des Aufschwungs beachtliche Potentiale mobilisiert werden können. Wir haben keine Hinweise, daß es diesmal anders kommen sollte. Insofern erwarten wir auch für 1995 nochmals eine über den Trend hinausgehende Steigerung des Produktionsergebnisses je Erwerbstätigenstunde um über 3 %. Kurzfristig mag dadurch die Beschäftigungsentwicklung gehemmt werden, vor allem aber mittelfristig ist dies – weil damit die Angebotsbedingungen verbessert werden – wichtige Voraussetzung, um zu einem günstigeren Arbeitsmarkt zu kommen.

Kommt es zu einer Konstellation von 2,5 % Produktwachstum, 1 % Verringerung der Arbeitszeit und gut 3 % Anstieg der Arbeitsproduktivität, würde sich die Erwerbstätigkeit jahresdurchschnittlich um 100 000 Personen erhöhen. Dahinter steht eine deutliche Zunahme im Jahresverlauf.

Die Aufwärtsentwicklung der Beschäftigung wird vom Dienstleistungssektor getragen werden. Für das Verarbeitende Gewerbe ist – im Jahresdurchschnitt – nochmals mit einem leichten Rückgang zu rechnen, worauf auch verschiedene Befragungsergebnisse hindeuten.¹⁷ Im Baugewerbe dürfte sich der Beschäftigungsstand nur wenig ändern.

3.1.2 Das Angebot an Arbeitskräften

Erstmals seit langem ist damit zu rechnen, daß das Erwerbspersonenpotential nicht mehr weiter zunimmt. Hinter dieser Einschätzung steht, was die inländischen Komponenten anbelangt, eine Vorausrechnung, die den Charakter einer Wahrscheinlichkeitsprognose trägt, bezüglich der Außenbeziehungen handelt es sich vorzugsweise um Setzungen.

Die wachsenden, das Angebot reduzierenden Wirkungen aus der demographischen Entwicklung der deutschen Bevölkerung werden immer weniger durch die Effekte aus steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen ausgeglichen. Hinzu kommt nur noch eine geringe Zunahme aus dem Wanderungssaldo mit den neuen Bundesländern (vgl. Tabelle 3 im Anhang).

Auf Seiten der ausländischen Wohnbevölkerung sind 1995 weiterhin nur geringe Potentialzuwächse zu erwarten. Sie gleichen die Abnahmen, die sich beim Potential der deutschen inländischen Bevölkerung ergeben, nur wenig aus.

Während Potentialeffekte aus der Entwicklung der inländischen Wohnbevölkerung gerade auf die kurze Sicht relativ gut prognostizierbar sind, gilt dies nicht für Potentialeffekte, die von den „Außenbeziehungen“ herrühren. Wanderungen wie (übernationale) Pendlerbewegungen sind u.a. das Ergebnis ökonomischer, rechtlicher und administrativer Gegebenheiten in den Aufnahmeländern wie in den Herkunftsländern. Veränderungen dieser Art folgen häufig keinen Trends, sondern ereignen sich oft mehr oder weniger abrupt und unvorhersehbar. Die Vorausschätzung der Außenkomponenten des Arbeitsangebots hat deshalb den Charakter von Setzungen, wobei wir uns mangels besserer Hypothesen von den Tendenzen in der jüngsten Vergangenheit leiten lassen.

Während die Jahre von 1988 bis 1993 sehr starke Zuwanderungen brachten – in Ansätzen schon im Vorfeld der politischen Umbrüche, dann aber vor allem in deren Gefolge –, zeichnet sich neuerdings eine deutliche Verlangsamung ab. Wir schreiben diese Tendenzen für 1995 fort. Dabei unterscheiden wir nicht danach, ob es sich um Aussiedler, um Asylbewerber oder andere Ausländer handelt (vgl. Tabelle 3 im Anhang). Unserer Rechnung liegt also die Annahme zugrunde, daß sich im näheren und fernerem Umfeld der Bundesrepublik Deutschland keine weiteren Krisen auftun, die zusätzliche Wanderungen auslösen könnten.

Für den Personenkreis der Aussiedler rechnen wir mit gleichbleibenden Zuzügen. Bekanntlich wurde die Zahl der Spätaussiedler nach Deutschland im Kriegsfolgenbereinigungsgesetz von 1993 auf rund 220 000 pro Jahr begrenzt. Erstmals war 1994 die Zahl der Anträge für einen Aufnahmebescheid nicht mehr wesentlich größer als die Zahl der zuziehenden Aussiedler (etwa 235 000 zu 220 000). Die angestaute Antragszahl von rd. 700 000 kann also allmählich abgebaut werden. Auch wenn keine weiteren Anträge gestellt werden würden, könnten noch etwa 3 Jahre lang Aussiedler in der Größenordnung wie 1994 nach Deutschland zuwandern.

Die Pendlerbeziehungen zu Ostdeutschland und dem Ausland dürften sich im Saldo nur wenig verändern.

3.1.3 Die Arbeitsmarktbilanz

Bei einer Zunahme der Arbeitsnachfrage um 100 000 Personen und einem unveränderten Arbeitsangebot würde der nichtbeschäftigte Teil des Erwerbspersonenpotentials ebenfalls um 100 000 Personen abnehmen (vgl. Übersicht 1).

Da Neigung und Möglichkeiten, sich beim Arbeitsamt arbeitslos zu melden, zwischen Deutschen und Ausländern unterschiedlich sind, ist es zweckmäßig, die Verteilung des nichtbeschäftigten Teils des Erwerbspersonenpotentials auf Arbeitslosigkeit und Stille Reserve für beide Gruppen getrennt vorzuschätzen.

¹⁸ Gemeinschaftsdiagnose: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft. Hamburg, Oktober 1994, S. 23.

¹⁹ In erster Linie ist hier die Kräftebedarfshebung bei den Betrieben zu nennen, die das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des IAB wiederum im Frühjahr und Herbst 1994 durchgeführt hat.

Geht man davon aus, daß die Relation „Deutsche/Ausländer“ an der Erwerbstätigkeit konstant bleibt – was sich 1994 abzeichnete –, würde die Beschäftigung der deutschen Erwerbspersonen um 90 000 zunehmen. Gleichzeitig dürfte das deutsche Erwerbspersonenpotential um 40 000 Personen abnehmen. Aufgrund von Erfahrungswerten erscheint bei dieser Konstellation eine Abnahme der Arbeitslosigkeit um 80 000 und der Stillen Reserve um 50 000 Personen plausibel.

Bei den Ausländern würde sich dann die Erwerbstätigkeit geringfügig um 10 000 erhöhen. Das ausländische Erwerbspersonenpotential könnte noch um gut 40 000 wachsen, so daß der Bestand der nichtbeschäftigten Personen um gut 30 000 ansteige. Aufgrund von Erfahrungswerten der letzten Jahre über die Verteilung, ist für diese Gruppe ein Rückgang der Arbeitslosigkeit (- 10 000) und ein weiterer Anstieg der Stillen Reserve (+ 40 000) wahrscheinlich. Dabei spielen nach wie vor die für viele Ausländer eingeschränkten Möglichkeiten zur Arbeitslosmeldung eine Rolle.

Fügt man die getrennten Rechnungen zusammen, könnte die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt bei 2,47 Mio liegen und damit den Vorjahresstand um knapp 90 000 unterschreiten. Bei der Stillen Reserve ist nur eine geringe Abnahme zu erwarten. Sie wird weiterhin in der Größenordnung von 1,9 Mio Personen verharren.

3.2 Neue Bundesländer

Das wirtschaftliche Wachstum wird nach den Einschätzungen der Institute weiterhin kräftig sein. Je nach dem, wie sich die Konjunktur im Westen entwickelt, könnte es hinter der Zunahme von 1994 etwas zurückbleiben oder darüber hinausgehen. Für den Trend gilt freilich: „Alles in allem spielen indes konjunkturelle Impulse nach wie vor eine untergeordnete Rolle gegenüber dem Umstellungs- und Aufholprozeß.“¹⁸

Als unteren Wert setzt das IAB für 1995 eine Zunahme des BIP um 8 % (Variante I) an, als oberen einen Anstieg um 10 % (Variante III). Als dazwischenliegenden Wert hat das IAB eine Rechnung mit 9 % aufgemacht (Variante II). Dies ist eine Setzung, die der mittleren Variante für den Westen zugeordnet werden kann, so wie auch jeweils die unteren und oberen Varianten zusammen zu sehen sind (vgl. Übersicht 4).

3.2.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften

Eine „Ableitung“ der Arbeitsnachfrage aus gesamtwirtschaftlichen Eckdaten gibt nach wie vor wenig Orientierung. Wie es in einer Umbruchsituation nicht anders sein kann, ist die Vorausschätzung globaler Größen, wie die Entwicklung des BIP und der Arbeitsproduktivität, mit beachtlichen Fehlergrenzen behaftet. Angesichts des fortbestehenden Kostendrucks und der vielerorts unbefriedigenden Ertragslage, hätte man bei einer Prognose auf diesem Weg kaum schon mit der Wende bei der Beschäftigung im Jahr 1994 gerechnet.

Auch diesmal stützen wir unsere Vorausrechnung der Erwerbstätigkeit in erster Linie auf die Fortschreibung von Erwerbsdaten nach Wirtschaftsbereichen unter Berücksichtigung von Befragungsergebnissen.¹⁹ Auf diesem Weg sind wir in den letzten Jahren nicht schlecht gefahren. Gleichwohl haben wir erstmals auch Rechnungen im gesamtwirtschaftlichen Kontext vorgenommen, aber mehr im Sinne einer Überprüfung der Plausibilität auf dem Hintergrund der Einblicke, die die Eckdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung seit 1990 geben.

Wir sehen gute Chancen, daß der 1994 in Gang gekommene Beschäftigungsaufbau anhält. Dabei geben wir einer Zunahme der Erwerbstätigkeit um insgesamt 100 000 im Jahresdurchschnitt 1995 eine höhere Wahrscheinlichkeit als einer spürbar dahinter zurückbleibenden oder deutlich darüber hinausgehenden Entwicklung. Bei diesem Anstieg der Erwerbstätigkeit ist unterstellt, daß die Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen nach dem AFG (ABM und Maßnahmen nach § 249 h) entsprechend den Ansätzen im BA-Haushalt im Jahresdurchschnitt die Größenordnung von 0,3 Mio Beschäftigten erreichen und damit zumindest das Niveau des Vorjahres. Außerdem wird angenommen, daß es gelingt, der wachsenden Ausbildungsnachfrage der Schulabgänger zu entsprechen, sei es über betriebliche, sei es hilfsweise über außerbetriebliche Angebote.

Hinter der vorausgeschätzten Zunahme der Erwerbstätigkeit stehen folgende Einschätzungen der Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen: Der Rückgang der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Energie) kommt zum Stillstand. Bei den Unternehmen des Treuhand- und Ex-Treuhand-Bereichs ist nach den Planungen zwar nochmals mit einer Abnahme zu rechnen (vgl. Übersicht 5)²⁰, diese könnte aber durch Zunahmen -- nicht zuletzt im Handwerksbereich -- ausgeglichen werden.

In der Land- und Forstwirtschaft hält der Abbau von Arbeitsplätzen an. Er dürfte aber kaum die Größenordnung von 20 000 überschreiten.

Angesichts der weiterhin expandierenden Bautätigkeit, insbesondere im Wohnungsbau, wird die Beschäftigung im Bauhaupt- und Baunebengewerbe erneut kräftig zunehmen, wenn auch nicht mehr im Ausmaß der Vorjahre. Wir halten einen Anstieg um 60 000 Erwerbstätige für möglich. Bei Handel sowie Verkehrswirtschaft und Nachrichtenübermittlung rechnen wir insgesamt nur mit kleineren Veränderungen des Beschäftigtenbestandes. Schreibt man die Entwicklung des Jahres 1994 fort, ist eine geringfügige Abnahme wahrscheinlich.

Für die Gesamtheit der anderen privaten Dienstleistungsunternehmen sind weitere Arbeitsplatzgewinne zu erwarten. Sie könnten, wie in jedem der letzten drei Jahre, in der Größenordnung von 100 000 Beschäftigten liegen. Die Organisationen ohne Erwerbszweck dürften ihren Personalbestand weiter leicht aufstocken.

Der Stellenabbau im *öffentlichen Dienst* wird 1995 anhalten. Noch sind, auf die Bevölkerungszahl bezogen, im öffentlichen Dienst in den neuen Ländern mehr Personen als im Westen beschäftigt, auch wenn der Personalbestand schon deutlich reduziert wurde.

²⁰ Vgl. Söstra-Sozialökonomische Strukturanalyse e.V. Berlin: Beschäftigungsperspektiven von Treuhandunternehmen und Ex-Treuhandfirmen im Vergleich – Befragung Oktober 1994. Bericht Dezember 1994, S. 8.

²¹ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Sozialpolitische Umschau, Nr. 370/1994, S. 8.

²² Vgl. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Studenten an Hochschulen 1975 bis 1993. Reihe Bildung – Wissenschaft aktuell, 8/94, S. 15.

²³ Auswertungen des Sozio-ökonomischen Panels ergeben, daß „die Erwerbsarbeit – trotz der dramatischen Situation am Arbeitsmarkt – ihre zentrale Stellung bei den Frauen nicht verloren“ hat. Vgl. Holst, E.-; Schupp, J.: Erwerbsbeteiligung und Erwerbsorientierung von Frauen nach der Wende. In: Sozialer Fortschritt 1/95, S. 5.

²⁴ Vgl. Fuchs, J.; Magvas, E. und Thon, M.: Erste Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials im Gebiet der neuen Bundesländer. In: MittAB 4/1991, S. 704.

Andererseits werden zur Vermeidung von Entlassungen Modelle der Teilzeitbeschäftigung verstärkt praktiziert. Damit können in nennenswertem Umfang betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden. Solche Lösungen spielen eine besondere Rolle für die Gruppe der Erzieherinnen in Einrichtungen zur Kinderbetreuung, deren Kapazitäten aufgrund der Geburtenentwicklung überdimensioniert sind. Von Bedeutung sind sie aber auch für die im Gefolge der Gebietsreform (weniger Landkreise, Zusammenlegung von Gemeinden) zu erwartenden Stellenreduzierungen.

Beim Staat insgesamt nahm die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten 1993 (Mikrozensus) gegenüber dem Vorjahr um fast 17 % zu (Gesamtwirtschaft + 9 %).

Alles in allem könnte sich der Abbau der Beschäftigung im öffentlichen Sektor – gerade auch im Zusammenhang mit den erwähnten Arbeitszeitverkürzungen – weiter verlangsamen. Wir veranschlagen die Verringerung auf 30 000.

3.2.2 Das Angebot an Arbeitskräften

Beim *Arbeitsangebot* rechnen wir mit einem etwas stärkeren Rückgang als 1994. Die prognostizierte Abnahme um 0,2 Mio Personen erklärt sich in erster Linie aus verhaltensbedingten Änderungen

In diese Richtung wirkt zum einen die von uns erwartete weiter wachsende Bildungsbeteiligung (außerhalb der vom AFG geförderten beruflichen Weiterbildung). So dürfte der Anteil der Jugendlichen, die allgemeinbildende Schulen länger besuchen, erneut zunehmen. Nach dem Arbeitsmarkt-Monitor stieg der Anteil der Schüler im Alter von 17 bis 19 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung von 25 % im November 1992 auf 34 % ein Jahr später. Darüber hinaus nimmt die Studierneigung weiterhin zu, auch wenn sie nach wie vor geringer ist als in den alten Bundesländern. Nach einer Befragung der Schulabgänger mit Hochschulreife planten 1993 im Osten 66 % ein Studium, während es in den alten Bundesländern 76 % waren.²¹ Das noch unterschiedliche Verhalten zeigt sich auch im Anteil der Studienanfänger an der 19- bis unter 21-jährigen Bevölkerung. Zu Beginn des Wintersemesters 1993 betrug dieser im Osten 23 % (1989: 14%), im Westen hingegen 36 %. Die Tendenz zur Annäherung ist zwar vorhanden, aber es wird vermutlich noch einige Zeit bis zur vollen Angleichung brauchen.²² Alles zusammengenommen veranschlagen wir diesen reduzierenden Effekt für die Erwerbspersonenpotentialquote nochmals auf ½ %-Punkt, absolut also auf 50 000.

Auch unabhängig von der wachsenden Bildungsbeteiligung dürfte die Erwerbsneigung weiterhin rückläufig sein, vor allem bei den älteren Jahrgängen, z.T. auch bei verheirateten jüngeren Frauen. Eine Quantifizierung ist unverändert schwierig. Zumindest gegen einen sprunghaften Rückgang spricht aber die Erfahrung der letzten Jahre.²³ Wir bleiben deshalb bei der Linie einer nur allmählichen Abnahme der potentiellen Erwerbsneigung. Mangels besserer Hypothesen setzen wir für 1995 einen Rückgang der Erwerbspersonenpotentialquote aus diesen Gründen um 1 ½ %-Punkte an (nach -1 % im Jahr 1994 und ½ % im Jahr 1993).

Demographisch bedingt nimmt das Potential ebenfalls ab, vergleichsweise aber nur wenig (- 20 000).²⁴ Dagegen werden von den arbeitsmarktlichen „Außenbeziehungen“ leichte Zunahmefekte ausgehen. Diese resultieren im wesentlichen aus Wanderungsbewegungen. Abwanderungen nach dem Westen nehmen wahrscheinlich weiter ab, Zuwanderungen von dort leicht zu. Beide Ströme sind im Zusammenhang mit

Übersicht 5: Beschäftigte in Treuhand- und Ex-Treuhand-Unternehmen

Stichtag der Befragung (*) bzw. Einschätzung	Personen in 1 000				Befragungszeitpunkt = 100																			
	Befragung 10/91		Befragung 10/92		Befragung 10/93		Befragung 10/94		10/91		10/92		10/93		10/94									
	TH	Ex-TH	Zus.	.	TH	Ex-TH	Zus.	.	TH	Ex-TH	Zus.	TH	Ex-TH	Zus.	TH	Ex-TH	Zus.							
1.10.91(*)	2000	285	2285	100	100	100	-	-	-	-	-	-							
1. 1.92	1404	254	1658	70	89	73	-	-	-	-	-	-							
1.10.92(*)	.	.	.	560	885	1445	.	.	.	-	-	100	100	100	-	-	-							
1. 1.93	1098	236	1334	472	836	1308	272	1079	1351	.	.	.	55	83	58	84	94	91	128	108	111	-		
1.10.93(*)	213	999	1212	.	.	.	-	-	-	100	100	100	-	-	-	-		
1. 1.94	1036	238	1274	375	799	1174	186	962	1148	123	1016	1139	52	84	56	67	90	81	87	96	95	131	104	106
1.10.94(*)	94	980	1074	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100	100	100
1. 1.95	.	.	.	354	795	1149	150	930	1080	85	941	1026	-	-	-	63	90	80	70	93	89	90	96	96
1. 1.96	142	912	1054	64	908	972	-	-	-	-	-	-	67	91	87	68	93	91

TH = Treuhandunternehmen, Ex-TH = ehemals Treuhand-, jetzt privatisierte Firmen

Quelle: Wahse, J. u. a.: Beschäftigungsperspektiven von Treuhandunternehmen und Ex-Treuhandfirmen.

Umfrage 10/1991 in: BeitrAB 160,

Umfrage 10/1992 in: BeitrAB 160.3,

Umfrage 10/1993 in: Schnellbericht Dezember 1993,

Umfrage 10/1994 in: Schnellbericht Dezember 1994

Fortschritten im Aufbauprozess der ostdeutschen Wirtschaft zu sehen. Davon im wesentlichen unabhängig sind die Zuwanderungen aus dem Ausland, also insbesondere Spätaussiedler und Asylbewerber. Für beide Gruppen haben wir die Größenordnungen des Jahres 1994 fortgeschrieben (vgl. Tabelle 4 im Anhang).

3.2.3 Die Arbeitsmarktbilanz.

Bei einer Zunahme der Erwerbstätigkeit um 0,1 Mio Personen (mittlere Variante) und einer gleichzeitigen Abnahme des Arbeitsangebots um 0,2 Mio Personen geht der nichtbeschäftigte Teil des Potentials um 0,3 Mio auf knapp 2 Mio Personen zurück (vgl. Übersicht 4).

Näherungsweise am verlässlichsten ist der Teil des nichtbeschäftigten Potentials einzuschätzen, der über laufende oder geplante arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen aufgefangen wird. Seine Größenordnung veranschlagen wir 1995 auf knapp 0,6 Mio Personen, nach 0,9 Mio im Vorjahr. Dieser Rückgang resultiert im wesentlichen aus dem abnehmenden Gewicht der Vorruhestandsregelungen. Immer mehr Personen wechseln jetzt in den Ruhestand (Nichterwerbspersonenpotential), ohne daß die folgenden Jahrgänge in diese Übergangshilfen noch nachrücken können.

Wie sich der verbleibende größere Teil des nichtbeschäftigten Erwerbspersonenpotentials von knapp 1,4 Mio auf Arbeitslosigkeit und Stille Reserve i.e.S. verteilt, ist zunehmend schwieriger zu prognostizieren. Bestimmend dafür ist das Meldeverhalten der betroffenen Personen, das wiederum von einer Vielzahl individueller oder gruppenspezifischer Faktoren bestimmt wird. Wir gehen davon aus, daß auch in den neuen Bundesländern eine Arbeitslosmeldung bzw. der Verbleib in registrierter Arbeitslosigkeit bis zu einem gewissen Grad davon abhängt, ob ein Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe besteht. Da aber immer mehr Personen ihre Ansprüche ausgeschöpft haben, dürfte die Tendenz zur Abmeldung aus der Arbeitslosigkeit zunehmen. Außerdem wird nicht jeder Berufsantanger und Berufsrückkehrer ohne Anspruch bei der Arbeitssuche das Arbeitsamt einschalten. Deren Zahl dürfte tendenziell ansteigen.

Wir gehen deshalb davon aus, daß der Aufbau der Stillen Reserve im engeren Sinne, der seit 1993 Konturen annimmt, 1995 weitergehen wird. Schreibt man die bisherige Entwicklung aufgrund der dargelegten Veränderungen beschleunigt fort, könnte sie um 0,15 Mio auf knapp 0,4 Mio Personen zunehmen.

Kommt es so, würde die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt bei 1 Mio Personen liegen und damit den Vorjahresstand um 140 000 unterschreiten.

4. Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der BA 1994 und 1995

Die folgenden Entlastungsrechnungen zur Arbeitsmarktpolitik (vgl. Übersichten 6 und 7 sowie die Tabellen 5 und 6 im Anhang) sehen etwas anders aus als in den Vorjahren. Neben den Kernbereichen der aktiven Arbeitsmarktpolitik - Kurzarbeitergeld, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Voll-

zeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung - sowie den Vorruhestandsregelungen, schließen sie nun auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im weiteren Sinne ein: Schlechtwettergeld, Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation, Sprachlehrgänge für Aussiedler, Asylbewerber und Kontingentflüchtlinge sowie die Regelung nach § 105c AFG, wonach Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe ab dem vollendeten 58. Lebensjahr nicht mehr der Arbeitsvermittlung verfügbar sein müssen und deshalb nicht mehr als Arbeitslose geführt und gezählt werden. Diese Regelung darf freilich nicht den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gleichgestellt werden, denn der Entlastungseffekt entsteht durch eine statistische Umbuchung.

Daneben gibt es noch andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach dem AFG - z.B. Wintergeld, Eingliederungsbeihilfen, Einarbeitungszuschüsse - die aber aus verschiedenen Gründen nicht in diese Entlastungsrechnung einbezogen werden.²⁵

Für diese Erweiterung sprechen folgende Gründe:

Bei vielen *Reha-Maßnahmen* sollen die Teilnehmer (wieder) an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Daneben werden aber auch viele Personen gefördert, die dem Arbeitsmarkt verfügbar sind und die vor der Maßnahme beschäftigt oder arbeitslos waren. Ihre Arbeitsmarktchancen sollen verbessert werden. Zumindest bei diesen kann man davon ausgehen, daß Arbeitslosigkeit vermieden und die Zahl der registrierten Arbeitslosen entlastet wird.

Auch bei den *Sprachlehrgängen* kann angenommen werden, daß die Teilnehmer sonst meist arbeitslos gewesen wären. Mangelhafte Kenntnisse der deutschen Sprache allein schränken die Verfügbarkeit grundsätzlich nicht ein. Selbst wenn sie sonst eine Arbeit aufgenommen hätten, wäre dies wie bei anderen Maßnahmen mit hoher Wahrscheinlichkeit letztlich zu Lasten von anderen Beschäftigten gegangen.

Sehr nahe an den Vorruhestandsregelungen schließlich liegt die Regelung nach § 105 c AFG für ältere Arbeitslose. Es kann unterstellt werden, daß Personen, die diese in Anspruch nehmen, kaum Vermittlungschancen haben, so daß auch sie sonst als Arbeitslose registriert worden wären.

In der Arbeitsmarktbilanz bewirken die genannten Maßnahmen Übergänge aus der Arbeitslosigkeit in die Stille Reserve.

Neu sind in der Entlastungsrechnung auch *Produktive Lohnkostenzuschüsse* nach § 242s (West) und § 249h (Ost) AFG. Zusammen mit ABM werden sie unter „Beschäftigungsschaffende Maßnahmen“ subsumiert.

Einbezogen haben wir außerdem das *Schlechtwettergeld*, das (BA-beitragspflichtigen) Arbeitnehmern in Betrieben des Baugewerbes in den Monaten November bis März gewährt wird, wenn sie mit der Arbeit ausschließlich aus zwingenden Witterungsgründen aussetzen müssen. Es kann angenommen werden, daß die Betroffenen ohne diese Regelung weit überwiegend entlassen worden wären. Das Schlechtwettergeld erhält Arbeitsverhältnisse und vermeidet stärkere saisonale Schwankungen der Beschäftigung und somit höhere Saisonarbeitslosigkeit. Freilich verbinden sich mit der Einschätzung der Arbeitsmarktentlastungseffekte auch eine Reihe von Unsicherheiten. So ist z.B. nicht auszuschließen, daß die Baubetriebe bzw. die Tarifparteien ohne diese Regelung in eigener Regie Schritte zur Verstetigung der Bauproduktion übers Jahr getroffen hätten und/oder auch in Zeiten saisonaler Flaute

²⁵ Zwar fördern z.B. Eingliederungsbeihilfen und Einarbeitungszuschüsse oftmals die Einstellungschancen bestimmter, schwer vermittelbarer Personen. Aber sie erhöhen die Gesamtzahl der Einstellungen und der Beschäftigten und damit die Gesamtentlastung des Arbeitsmarktes nur wenig.

mit Blick auf die Frühjahrs- und Sommerzeit zumindest einen Teil der Belegschaft, insbesondere der Fachkräfte, gehalten hätten. Schließlich ist zu fragen, in welchem Umfang ein zusätzlicher saisonbedingter Beschäftigungsabbau zu mehr Arbeitslosigkeit geführt hätte. Angesichts dieser Unsicherheiten schätzen wir den Entlastungseffekt vorsichtig ein und unterstellen, daß nur zwei Drittel des schlechtwetterbedingten Ausfallvolumens auf Beschäftigung bzw. registrierte Arbeitslosigkeit entfällt.

4.1 Alte Bundesländer

Die sehr konjunktur reagiblen *Kurzarbeiterzahlen* haben seit Beginn der wirtschaftlichen Erholung, im 2. Halbjahr 1993, im Verlauf des Jahres 1994 stark abgenommen. Am Jahresanfang, im Durchschnitt des 1. Quartals, gab es noch rd. 500 000 Kurzarbeiter, nurmehr halbsoviel wie im 1. Quartal des Vorjahres. Bis Ende des Jahres 1994 hat Kurzarbeit weiter stark abgenommen (4. Quartal: 140 000).

Im Jahr 1994 arbeitete ein Kurzarbeiter im Durchschnitt 1/3 weniger als tariflich/betrieblich vereinbart. Im Vorjahr war 1/3 die durchschnittliche Ausfallzeit etwas geringer (knapp 30 %). Dieses Phänomen ist zyklisch bedingt. Im Konjunkturtal dominieren kürzere Ausfallzeiten. Im Aufschwung nimmt die Kurzarbeit mit längeren Ausfallzeiten anteilig zu. Entsprechend verändert haben sich auch die sektoralen Schwerpunkte: War das konjunktursensible Investitionsgütergewerbe 1993 noch in hohem Maße betroffen, so hat der Anteil dieses Bereiches mit beginnendem Aufschwung abgenommen (September 1993: 68 %, September 1994: 53 %).

Vom Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens in der Rezession 1992/93 hat die Kurzarbeit 15 % getragen (zum Vergleich: Rezession 1974/75 11 %).

Freilich ist schwer abzuschätzen, in welchem Maße im Konjunkturtief durch vorübergehende Kurzarbeit Arbeitsverhältnisse gesichert wurden oder lediglich ein Beschäftigungsabbau hinausgezögert wurde. Die Tatsache, daß in weiten Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes – trotz nun offenbar überwundener Rezession – immer noch Beschäftigung abgebaut wird und daß viele Betriebe auf mittlere Sicht weitere Einschränkungen planen, könnte ein Indiz für die „Verzögerungsthese“ sein. Eindeutige Belege könnten allerdings allein Verlaufsuntersuchungen einzelbetrieblicher Entwicklungen liefern.

Auch im Falle eines durch Kurzarbeit nur verzögerten Beschäftigungsabbaus bleibt freilich die periodenbezogene Entlastung des Arbeitsmarktes. Das effektive betriebliche Arbeitsvolumen wurde in Zeiten niedriger Auslastung nämlich vorübergehend auf mehr Schultern verteilt, als dies bei sofortiger Anpassung des Personalstands der Fall gewesen wäre.

Der jahresdurchschnittlichen Kurzarbeiterzahl von 275 000 im Jahr 1994 sind bei 1/3 Arbeitszeitausfall rd. 90 000 Vollbeschäftigte äquivalent. In diesem Umfang wäre die Beschäftigung ohne Kurzarbeit niedriger ausgefallen. Dann wäre mit einer höheren registrierten Arbeitslosigkeit zu rechnen gewesen, aber auch die Stille Reserve wäre direkt oder indirekt tangiert worden. Der vermiedene Beschäftigungsrückgang wird diesen „Konten“ zu 2/3 bzw. 1/3 gutgeschrieben. Ohne Kurzarbeit wäre unter diesen Annahmen die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl 1994 um rd. 60 000 höher ausgefallen (1993: rd. 150 000).

Für 1995 rechnen wir damit, daß die Kurzarbeiterzahl im großen und ganzen auf dem gegen Ende 1994 erreichten, relativ niedrigen Niveau verharren wird. Einmal dürften von der konjunkturellen Entwicklung her keine die Kurzarbeit hochtreibenden Einflüsse zu erwarten sein (vorausgesetzt, es kommt zu der von uns in Abschnitt 3 favorisierten „mittleren Variante“). Zum anderen haben gesetzliche Neuregelungen ab 1994 die Bedingungen der Kurzarbeit für die Betriebe verschlechtert. Sie müssen nun die gesamten Sozialbeiträge für die Kurzarbeiter tragen. Vorher hat die BA Teile davon erstattet. Schließlich gibt es seit 1994 mehr betriebliche Möglichkeiten, vorübergehend die Arbeitszeit mit dem Ziel der Beschäftigungssicherung zu verkürzen (siehe Abschnitt 2). Da die Löhne dann entsprechend gekürzt werden, dürften diese Sicherungsmaßnahmen zumindest für einen Teil der Betriebe per Saldo kostengünstiger als Kurzarbeit sein.

Im Jahresdurchschnitt 1995 erwarten wir 150 000 Kurzarbeiter. Damit werden rd. 50 000 Arbeitsverhältnisse gesichert und die Arbeitslosenzahl um 33 000 entlastet.

1994 sind 53,9 Mio Arbeitsstunden witterungsbedingt durch *Slechtwetter* ausgefallen. Diesem Volumen entspricht ein Beschäftigungsäquivalent von etwa 30.000 und eine Entlastung der Arbeitslosigkeit um 20.000 auf Jahresbasis. Da der Verstetigungseffekt auf die Wintermonate entfällt, sind diese Effekte erheblich höher, wenn man nur diese Zeiträume, v.a. das 1. Quartal, betrachtet. Danach wäre die Beschäftigung ohne die Schlechtwettergeldregelung 1994 im Durchschnitt des 1. Quartals um rd. 100.000 geringer, die saisonale Arbeitslosigkeit um rd. 70.000 höher ausgefallen.

Wetterverhältnisse wie etwa 1994 vorausgesetzt, rechnen wir für 1995 mit einem Ausfallvolumen von rd. 53 Mio Stunden. Dem entspricht ein Beschäftigungsäquivalent von rd. 30.000 und eine Entlastung der Arbeitslosigkeit um 20.000, jeweils auf Jahresbasis.

Nachdem im Jahr 1993 die Förderung von *Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung* (ABM) erheblich zurückgenommen worden war, ist die Zahl der Teilnehmer im Verlauf des Jahres 1994 wieder deutlich angestiegen. Mit rd. 58 000 wurde der Durchschnittsbestand des Vorjahres um 8 000 übertroffen.

Im Jahresverlauf 1995 ist allerdings kein weiterer Anstieg mehr zu erwarten. Im großen und ganzen dürfte sich die Zahl der Geförderten wohl auf dem im 2. Halbjahr 1994 erreichten Niveau einpendeln. Dies setzt allerdings voraus, daß die verfügbaren Fördermittel ausgeschöpft werden. Es ist aber nicht auszuschließen, daß manche Träger nicht mehr bereit bzw. in der Lage sind, ABM zu den schlechteren Bedingungen durchzuführen, die das Beschäftigungsförderungsgesetz 1994 gebracht hat.

Seit August 1994 gibt es neben ABM eine neue Art Beschäftigungschaffender Maßnahmen: *Produktive Lohnkostenzuschüsse* nach § 242s AFG, das Gegenstück zu den Maßnahmen nach § 249h AFG in den neuen Bundesländern. Sie können unter bestimmten Bedingungen gewährt werden, wenn vorher arbeitslos gemeldete Personen in den Maßnahmebereichen „Umwelt“, „Soziale Dienste“, „Jugendhilfe“ (u.a.) beschäftigt werden. Diese Lohnkostenzuschüsse werden in Höhe der durchschnittlichen Leistungen für Arbeitslosengeld/-hilfe gewährt. Angestrebt wird hier eine stärkere Verzahnung von Arbeitsmarktpolitik und Strukturpolitik sowie höhere Effizienz bei gleichzeitiger Kostenneutralität für die BA.

Übersicht 6: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (Quartalsreihen)
 – Westdeutschland –

Maßnahmeart	1992				1993				1994				1992	1993	1994	1995 *)	
	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	Jahresdurchschnitte in 1000				
	Quartalsdurchschnitte in 1000																
A. Inanspruchnahme																	
1. 1	Kurzarbeit	243	241	164	485	987	960	504	617	501	320	141	140	283	767	275	150
1. 2	Schlechtwettergeld	125	-	-	38	130	-	-	87	103	-	-	17	41	54	30	30
1. 3	Beschäftig.schaffende Maßnahmen	80	81	79	73	63	52	43	45	49	52	60	70	78	50	58	82
1. 4	Allgemeine ABM	80	81	79	73	63	51	37	24	49	52	60	70	78	44	58	62
1. 5	ABM-Stabilisierungsprog. Bund ..	-	-	-	-	-	1	6	21	-	-	-	-	-	7	-	-
1. 6	Produkt. Lohnkostenzuschuss . 3)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20
1. 7	Vollzeit - FuU	250	255	236	259	265	250	216	220	220	221	216	246	250	238	226	218
1. 8	Reha	53	55	55	58	60	58	50	46	42	42	37	37	55	54	40	45
1. 9	Teiln. an Deutschlehrgängen	57	50	47	50	60	61	52	46	55	54	45	45	51	55	50	45
1.10	Vorruhestandsgeld	15	13	11	9	7	7	5	5	3	3	3	3	12	6	3	1
1.11	Altersübergangsgeld	1	1	1	1	2	2	3	3	3	3	3	3	1	2	3	1
1.12	Par. 105c AFG	73	78	85	94	111	127	134	136	136	137	141	143	82	127	139	145
1.13	Zusammen	897	774	678	1067	1685	1517	1007	1205	1112	832	646	704	853	1353	824	717
B. Beschäftigungsmäquivalent																	
2. 1	Kurzarbeit	81	75	52	146	302	274	148	188	165	100	47	46	89	228	89	49
2. 2	Schlechtwettergeld	84	-	-	26	87	-	-	58	69	-	-	11	27	36	20	20
2. 3	Beschäftig.schaffende Maßnahmen	112	113	111	102	87	73	60	62	68	73	84	97	110	71	81	115
2. 4	Allgemeine ABM	112	113	111	102	87	72	52	33	68	73	84	97	110	61	81	87
2. 5	ABM-Stabilisierungsprog. Bund ..	-	-	-	-	-	1	8	29	-	-	-	-	-	9	-	-
2. 6	Produkt. Lohnkostenzuschuss	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28
2. 7	Vollzeit - FuU	250	255	236	259	265	250	216	220	220	221	216	246	250	238	226	218
2. 8	Reha	53	55	55	58	60	58	50	46	42	42	37	37	55	54	40	45
2. 9	Teiln. an Deutschlehrgängen	57	50	47	50	60	61	52	46	55	54	45	45	51	55	50	45
2.10	Vorruhestandsgeld	15	13	11	9	7	7	5	5	3	3	3	3	12	6	3	1
2.11	Altersübergangsgeld	1	1	1	1	2	2	3	3	3	3	3	3	1	2	3	1
2.12	Par. 105c AFG	73	78	85	94	111	127	134	136	136	137	141	143	82	127	139	145
2.13	Zusammen	726	640	598	745	981	852	668	764	761	633	576	631	677	817	651	639

Noch: : Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (Quartalsreihen)

Maßnahmengart	1992				1993				1994				1992	1993	1994	1995 *)
	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	Jahresdurchschnitte in 1000			
	Quartalsdurchschnitte in 1000															

C. Entlastung der Arbeitslosenzahl

		1992	1993	1994	1995 *)												
3. 1	Kurzarbeit	54	50	34	98	201	183	99	126	110	67	31	31	59	152	60	33
3. 2	Schlechtwettergeld	84	-	-	26	87	-	-	58	69	-	-	11	27	36	20	20
3. 3	Beschäftig.schaffende Maßnahmen	101	103	100	92	79	66	54	56	62	66	76	88	99	64	73	104
3. 4	Allgemeine ABM	101	103	100	92	79	65	47	30	62	66	76	88	99	55	73	79
3. 5	ABM-Stabilisierungsprog. Bund ..	-	-	-	-	-	1	7	26	-	-	-	-	-	9	-	-
3. 6	Produkt. Lohnkostenzuschuss	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25
3. 7	Vollzeit - FuU	220	224	209	228	232	218	188	192	192	196	197	230	220	207	203	205
3. 8	Reha	41	42	42	45	46	45	38	35	33	33	29	29	42	41	31	35
3. 9	Teiln. an Deutschlehrgängen	57	50	47	50	60	61	52	46	55	54	45	45	51	55	50	45
3.10	Vorruhestandsgeld	15	13	11	9	7	7	5	5	3	3	3	3	12	6	3	1
3.11	Altersübergangsgeld	1	1	1	1	2	2	3	3	3	3	3	3	1	2	3	1
3.12	Par. 105c AFG	73	78	85	94	111	127	134	136	136	137	141	143	82	127	139	145
3.13	Zusammen	646	561	529	643	825	709	573	657	663	559	525	583	593	690	582	589

*) Haushalt der BA; eigene Schätzungen.

- 1) Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von „Vollzeitbeschäftigten“ errechnet. Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der Bauarbeiter im SWG-Bezug ist statistisch nicht nachgewiesen.
- 2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.
- 3) Arbeitsförderung „Umwelt, soziale Dienste, Jugendhilfe“ (einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Maßnahmen) nach Par. 242s AFG.
- 4) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (Par. 41a AFG).
- 5) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung.
- 6) Vorruhestandsfälle mit Zuschuß zum Vorruhestandsgeld (aus Haushaltsmitteln der BA).
- 7) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger; Altersübergangsgeld im Westen ist durch Umzüge bedingt.
- 8) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg bzw. Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB.

Einige dieser Maßnahmen sind bereits 1994 angelaufen. Im weiteren Fortgang des Jahres 1995 wird ein Anstieg erwartet. Im Haushalt der BA sind jedenfalls jahresdurchschnittlich 20 000 Geförderte angenommen.

Können die vorgesehenen Finanzmittel mobilisiert werden, dann wird es 1995 in *Beschäftigungschaffenden Maßnahmen* insgesamt erheblich mehr Geförderte geben als im Vorjahr (82 000 gegenüber 58 000).

Bei mehrjähriger Betrachtung zeigt sich in diesem Bereich der Arbeitsmarktpolitik ein prozyklischer Verlauf der Aktivitäten: Mit nachlassender Arbeitskräftenachfrage und rückläufiger gesamtwirtschaftlicher Beschäftigung wurden Beschäftigungschaffende Maßnahmen eingeschränkt und in den Jahren der wirtschaftlichen Erholung, 1994 und 1995, wieder belebt. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang aber, daß vor allem die ABM zum großen Teil gezielt für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen eingesetzt werden, die oftmals wenig von einer gesamtwirtschaftlichen Verbesserung der Beschäftigungssituation profitieren können.

Diese Beschäftigungschaffenden Maßnahmen haben neben unmittelbaren auch zusätzliche mittelbare Beschäftigungswirkungen. Zum einen erfordert ein Teil der durchgeführten Projekte Vorleistungen, die von anderen Wirtschaftsbereichen geliefert werden. Zum anderen ist die Einkommenssituation der Geförderten besser als im Falle der Arbeitslosigkeit, was die private Konsumnachfrage stärkt. Beides zusammengenommen stabilisiert zusätzlich die Beschäftigung. Auf der Finanzierungsseite ist hier unterstellt, daß die Nettokosten der Maßnahmen nicht zu kontraktiven Effekten im volkswirtschaftlichen Kreislauf führen.

Die Vorleistungseffekte sind im Westen relativ gering, weil investive, sachleistungs- und zulieferungsintensive Projekte in der Minderheit sind. Eine größere Rolle spielen dagegen die Konsumnachfrageeffekte, denn die vorrangige Förderung von Langzeitarbeitslosen führt dazu, daß deren Einkommenssituation in der Regel verbessert bzw. stabilisiert wird. So werden z.B. großenteils Alti-Empfänger beschäftigt, die relativ niedrige Leistungen beziehen. Außerdem wären viele Arbeitslosengeldbezieher ohne Förderung in die Arbeitslosenhilfe gekommen oder ganz aus dem Leistungsbezug ausgeschieden.

Die mittelbaren Beschäftigungseffekte insgesamt schätzen wir auf 40 % der unmittelbaren. Mögliche positive Allokationseffekte, die auf längere Sicht Wachstum und Beschäftigung fördern können, sind aus dieser Betrachtung ausgeblendet, weil kaum quantifizierbar.

Da für die Produktiven Lohnkostenzuschüsse noch keine Erfahrungswerte vorliegen, unterstellen wir hier hilfswise und vorläufig ABM-Verhältnisse.

Unter diesen Annahmen ist der Beschäftigungseffekt der genannten Maßnahmen 1994 mit rd. 80 000 und 1995 mit rd. 115 000 zu beziffern. Ein Teil der mittelbaren Wirkungen (1/3) entfällt auf die Stille Reserve. Die Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit insgesamt wird 1994 auf 73 000 und 1995 auf 104 000 geschätzt.

Berufliche Bildungsmaßnahmen zielen darauf ab, berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten zu erhalten, zu erweitern oder anzupassen und den Übergang in eine andere berufliche Tätigkeit zu ermöglichen.

Wie die ABM, so waren auch die Vollzeitmaßnahmen zur Fortbildung und Umschulung im Verlauf des Jahres 1993 kräf-

tig zurückgenommen worden, um größere Haushaltsüberschreitungen zu verhindern. Im Jahresverlauf 1994 war bei den Teilnehmerzahlen dann wieder aufsteigende Tendenz zu verzeichnen. Im Durchschnitt des 4. Quartals lag der Bestand mit rd. 260 000 um 40 000 über dem 4. Quartal des Vorjahres. Auf das Jahr gesehen, konnten 1994 allerdings weniger Personen gefördert werden als 1993.

1995 sind weitere Rückgänge zu erwarten. Mit den im BA-Haushalt vorgesehenen Fördermitteln können voraussichtlich jahresdurchschnittlich nurmehr 218 000 Maßnahmeteilnehmer im Vollzeitunterricht gefördert werden. Auch im Bereich der beruflichen Bildungsmaßnahmen hat das Beschäftigungsförderungsgesetz 1994 einschneidende Änderungen gebracht. So ist die sog. zweckmäßige Förderung weggefallen. Gefördert werden können nun – von wenigen Altfällen abgesehen – nurmehr sog. notwendige Maßnahmen, das ist Fortbildung und Umschulung, die als notwendig erscheint, um bestehende oder drohende individuelle Arbeitslosigkeit zu beenden bzw. zu vermeiden. Damit werden die Bildungsmaßnahmen noch stärker als zuvor auf die Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit ausgerichtet. Entsprechend angestiegen ist der Anteil der Maßnahmeteilnehmer, die vor Beginn der Maßnahme arbeitslos gemeldet waren. Trotz deutlich rückläufiger Teilnehmerzahl ändert sich deshalb an der Entlastungswirkung nur wenig: wie 1993 und 1994 wird die registrierte Arbeitslosigkeit (auf Jahresbasis) auch 1995 um gut 200 000 entlastet.

Über den Bereich der allgemeinen Fortbildung und Umschulung hinaus fördert die BA im Rahmen der beruflichen Rehabilitation in erheblichem Umfang Bildungsmaßnahmen. Es ist grundsätzlich möglich, dafür eine Entlastungsrechnung im obigen Sinne durchzuführen, denn durch die Maßnahmen bleibt den einzelnen u.U. auch langjährige Arbeitslosigkeit erspart. Es ist allerdings fraglich, ob alle diese Maßnahmen sinnvoll unter Entlastungsaspekten betrachtet werden können, denn es geht aus guten Gründen oft auch darum, überhaupt erst die Voraussetzungen für eine Beteiligung am Erwerbsleben zu schaffen. Zumindest bei vielen *Rehabilitanden in beruflfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Weiterbildungsmaßnahmen* dürfte Arbeitslosigkeit vermieden werden. Bei den vor Beginn der Maßnahme arbeitslosen Teilnehmern kann unterstellt werden, daß sie sonst auch weiterhin arbeitslos gewesen wären. Für die anderen wird angenommen, daß dies bei zwei Dritteln der Fall gewesen wäre.

Nach dem Rückgang des Teilnehmerbestandes im Jahre 1994 wird die Teilnehmerzahl 1995 voraussichtlich wieder ansteigen. Der Entlastungseffekt wird auf 35 000 geschätzt.

Als Hilfe zur Integration von Aussiedlern, Asylberechtigten und Kontingentflüchtlings werden mehrmonatige *Sprachlehrgänge* angeboten. Auf den Jahresdurchschnitt umgerechnet gab es 1994 50 000 Teilnehmer. In Folge der abnehmenden Zuwanderung hat die Teilnehmerzahl gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Sprachlehrgänge werden fast immer im Vollzeitunterricht durchgeführt. Berufsbegleitende oder Teilkurse sind sehr selten.

Fehlende oder geringe Kenntnisse der deutschen Sprache behindern die berufliche Eingliederung von Aussiedlern oftmals erheblich. Sprachlehrgänge sind oft auch eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme an einer anschließenden Maßnahme der beruflichen Bildung. Kurzfristig wird durch die Teilnahme an Sprachkursen die Arbeitslosigkeit in voller Höhe entlastet, weil ohne diese Maßnahmen eine unmittelbare Eingliederung wohl unmöglich wäre. Ohne diese

Bemühungen wäre die Arbeitslosigkeit im Jahr 1994 deshalb um 50 000 höher gewesen. Bei in etwa unveränderter Zuwanderung dürfte es im Jahresdurchschnitt 1995 etwa so viele Teilnehmer geben wie zum Jahresende 1994 (45 000). In diesem Umfang würde die Arbeitslosigkeit entlastet.

Vorruhestandsgeld und *Altersübergangsgeld* spielen im Westen als Entlastungsfaktoren eine sehr geringe Rolle. Bei erstem gibt es vor allem wegen des altersbedingt normalen Wechsels der Vorruhestandsgeldempfänger in gesetzliche Rente nurmehr wenige Fälle. Das Altersübergangsgeld wird im Westen nur an Personen gezahlt, denen es in den neuen Bundesländern bewilligt wurde und die inzwischen in den Westen umgezogen sind.

Dagegen wird die *Regelung nach § 105c* in beträchtlichem und zunehmendem Umfang in Anspruch genommen. Dies kann auch damit zusammenhängen, daß ältere Arbeitnehmer oft im Einvernehmen mit den Betrieben mit Aufhebungsverträgen aus dem Berufsleben ausscheiden und nach einer Zeit des Arbeitslosengeldbezugs im Rahmen des § 105c (der keine Verfügbarkeit für die Arbeitsvermittlung mehr voraussetzt) in die vorgezogene Altersrente wechseln. Dies soll allerdings im Jahr 1995 restriktiver gehandhabt werden, so daß es zweifelhaft ist, ob sich die Entwicklung im bisher beobachteten Ausmaß fortsetzt. Wir nehmen deshalb an, daß sich an dem zum Jahresende 1994 erreichten Niveau 1995 im ganzen wenig ändern wird.

Durch die *Regelung nach § 105c AFG* wird dann die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 1995 um 145 000 entlastet.

Zu bedenken ist freilich, daß diese *Regelung* eine ganz andere Qualität hat, als die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne. Während diese darauf zielen, neben der kurzfristigen Arbeitsmarktentlastung auch bzw. vor allem die Bedingungen für mehr Beschäftigung und mehr Wachstum zu verbessern, indem sie bei den Betrieben und Beschäftigten ansetzen, führt § 105c AFG im Kern zu verdeckter Arbeitslosigkeit. Der damit z.T. bewirkte beschleunigte Generationswechsel führt nicht unbedingt zu einer „Verbesserung der Beschäftigungsstruktur“. Wie alle Formen arbeitsmarktbedingten vorzeitigen Übergangs in den Ruhestand kann er in hohem Maße mit Verlust an Erfahrungswissen einhergehen.

Durch diese *arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der BA* wird die registrierte Arbeitslosigkeit 1995 in den alten Bundesländern voraussichtlich insgesamt etwa in gleichem Maße entlastet wie im Vorjahr (um rd. 580 000 Personen).

4.2 Neue Bundesländer

In den neuen Bundesländern ist die *Kurzarbeiterzahl* 1994 weiter stetig zurückgegangen. Im Jahresdurchschnitt waren es 97 000, rd. 84 000 weniger als im Jahr 1993. Wir rechnen damit, daß sich am Jahresendstand (64 000 im Durchschnitt des 4. Quartals 1994) im Verlauf des Jahres 1995 im großen und ganzen nicht allzuviel ändern wird. Unter den Annahmen unserer „mittleren Variante“ dürfte es im Jahresdurchschnitt 70 000 Kurzarbeiter geben. Gemessen an der jeweiligen Zahl der abhängig Beschäftigten spielt Kurzarbeit im Osten freilich noch eine relativ größere entlastende Rolle als im Westen. Der Anteil der Kurzarbeiter in Strukturkrisenbranchen (mit Kug nach § 63 Abs. 4 AFG) ist im Osten höher (Ende 1994: rd. 30 %). Im Westen hat das „Struktur-Kug“ dagegen nur ge-

ringe Bedeutung (rd. 5 %). Der durchschnittliche Arbeitszeitausfall ist in den neuen Bundesländern höher (knapp 50 %) als im Westen.

Dem Gesamtvolumen der 1994 durch Kurzarbeit ausgefallenen Stunden entspricht ein Beschäftigungsäquivalent von 46 000 Personen. Wäre es in Beschäftigungsabbau umgesetzt worden, so hätte dies nicht nur zu registrierter Arbeitslosigkeit, sondern auch zum stärkeren Aufbau von Stiller Reserve geführt: 1994 wurde die registrierte Arbeitslosigkeit um 39 000 Personen entlastet.

Wir rechnen der Kurzarbeit im Jahresdurchschnitt 1995 einen Beschäftigungseffekt von 34 000 zu. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich um 25 000 entlastet.

Im Rahmen der *Schlechtwettergeldregelung* waren 1994 18,3 Mio Ausfallstunden zu verzeichnen. Diesem Volumen entspricht ein Beschäftigungsäquivalent von 6 000 und eine Entlastung der Arbeitslosigkeit in gleicher Höhe (auf Jahresbasis).

Normale Witterung (wie etwa 1994) vorausgesetzt, veranschlagen wir den Entlastungseffekt der *Schlechtwettergeldregelung* im Jahresdurchschnitt 1995 bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auf rd. 7 000 Personen.

Nachdem *ABM* im Verlauf des Jahres 1993 stark abgebremst worden war, standen die Zeichen 1994 wieder auf Expansion.

Ende 1993 hatten sich die Teilnehmerzahlen gegenüber dem Vorjahr mehr als halbiert. Gebremst worden war bei den aus BA-Mitteln geförderten Maßnahmen, um größere Haushaltsüberschreitungen zu vermeiden. Das *ABM-Stabilisierungsprogramm* des Bundes hat nur geringen Ausgleich gebracht. Im Jahresverlauf 1994 waren wieder steigende Teilnehmerzahlen zu verzeichnen (Maßnahmen des Bundesprogramms wurden aus dem BA-Haushalt weiterfinanziert). Im Jahre 1995 erzwingen die Vorgaben im BA-Haushalt allerdings erneute Einschränkungen bei der Förderung von *ABM*. Jahresdurchschnittlich kann mit 178 000 Maßnahmeteilnehmern gerechnet werden, das sind deutlich weniger als im Vorjahr (193 000).

Große Bedeutung haben inzwischen *Produktive Lohnkostenzuschüsse* nach § 249h AFG gewonnen. Sie waren z.T. als Anschluß- bzw. Ersatzmaßnahmen für *ABM* konzipiert und 1993 eingeführt worden. Ein Grund für die Einführung der *Produktiven Lohnkostenzuschüsse* war die Überlegung, die Kosten der Maßnahmen stärker dem anzulasten, der daraus realen Nutzen zieht. Diesem Prinzip folgend wurde ein Ko-Finanzierungsmodell entwickelt, das die Verzahnung von Arbeitsmarktpolitik einerseits und Regional- sowie Strukturpolitik andererseits fördern soll, auch mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung.

Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß *Produktive Lohnkostenzuschüsse* v.a. dort relativ intensiv genutzt wurden, wo die Ko-Finanzierung schnell sichergestellt werden konnte. Insofern waren die Aktivitäten bisher oft weniger durch inhaltliche Überlegungen und Prioritäten bestimmt, sondern mehr durch die finanzpolitische Machbarkeit. Im Verlauf des Jahres 1994 hatten diese Maßnahmen beträchtlich steigende Teilnehmerzahlen zu verzeichnen. Binnen Jahresfrist hat sich der Bestand verdoppelt, bei jahresdurchschnittlicher Betrachtung gar vervierfacht. Der Haushaltsplan der BA sieht 1995 jahresdurchschnittlich 120 000 geförderte Arbeitnehmer vor. Die bisherige Dynamik läßt erwarten, daß dieses Ziel erreicht werden kann.

Übersicht 7: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (Quartalsreihen)
- Ostdeutschland -

Maßnahmeart	1992				1993				1994				1992	1993	1994	1995 *)	
	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	Jahresdurchschnitte in 1000				
	Quartalsdurchschnitte in 1000																
A. Inanspruchnahme																	
1. 1	Kurzarbeit	511	440	292	237	232	216	147	131	129	117	78	64	370	181	97	70
1. 2	Schlechtwettergeld	21	-	-	4	45	-	-	26	35	-	-	3	6	18	9	10
1. 3	Beschäftig.schaffende Maßnahmen	396	404	386	366	323	276	220	221	230	265	303	326	388	260	281	298
1. 4	Allgemeine ABM	396	404	386	366	323	265	164	81	159	179	209	225	388	208	193	178
1. 5	ABM-Stabilisierungsprog. Bund ..	-	-	-	-	-	3	27	87	-	-	-	-	-	29	-	-
1. 6	Produkt. Lohnkostenzuschuss . 3)	-	-	-	-	-	8	29	53	71	86	94	101	-	22	88	120
1. 7	Vollzeit - FuU	370	434	448	448	390	382	328	282	248	231	224	261	425	345	241	218
1. 8	Reha	2	3	4	5	5	5	4	4	4	4	3	4	4	5	4	8
1. 9	Teiln. an Deutschlehrgängen	2	3	3	4	6	7	7	6	7	8	7	7	3	6	7	8
1.10	Vorruhestandsgeld	324	305	285	266	246	224	203	182	161	138	114	91	295	213	126	37
1.11	Altersübergangsgeld	457	479	554	573	651	647	639	621	569	523	509	494	516	639	524	326
1.12	Par. 105c AFG	-	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	3	1	1	2	3
1.13	Zusammen	2083	2069	1973	1904	1899	1758	1549	1474	1385	1288	1240	1253	2008	1668	1291	978
B. Beschäftigungäquivalent																	
2. 1	Kurzarbeit	281	231	149	116	111	100	68	60	59	54	39	34	194	85	46	34
2. 2	Schlechtwettergeld	14	-	-	3	30	-	-	17	23	-	-	2	4	12	6	7
2. 3	Beschäftig.schaffende Maßnahmen	554	566	540	512	452	386	308	309	322	370	424	457	543	364	393	416
2. 4	Allgemeine ABM	554	566	540	512	452	371	230	114	223	251	293	316	543	292	270	249
2. 5	ABM-Stabilisierungsprog. Bund ..	-	-	-	-	-	4	38	122	-	-	-	-	-	41	-	-
2. 6	Produkt. Lohnkostenzuschuss	-	-	-	-	-	12	40	73	99	120	132	141	-	31	123	168
2. 7	Vollzeit - FuU	370	434	448	448	390	382	328	282	248	231	224	261	425	345	241	218
2. 8	Reha	2	3	4	5	5	5	4	4	4	4	3	4	4	5	4	8
2. 9	Teiln. an Deutschlehrgängen	2	3	3	4	6	7	7	6	7	8	7	7	3	6	7	8
2.10	Vorruhestandsgeld	324	305	285	266	246	224	203	182	161	138	114	91	295	213	126	37
2.11	Altersübergangsgeld	457	479	554	573	651	647	639	621	569	523	509	494	516	639	524	326
2.12	Par. 105c AFG	-	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	3	1	1	2	3
2.13	Zusammen	2004	2022	1984	1928	1892	1752	1558	1482	1395	1330	1322	1353	1985	1670	1349	1057

Noch: : Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (Quartalsreihen)

Maßnahmeart	1992				1993				1994				1992	1993	1994	1995 *)
	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	Jahresdurchschnitte in 1000			
	Quartalsdurchschnitte in 1000															

C. Entlastung der Arbeitslosenzahl

	1992	1993	1994	1995 *)
3. 1 Kurzarbeit	281	231	149	116
3. 2 Schlechtwettergeld	14	-	-	3
3. 3 Beschäftig.schaffende Maßnahmen	554	566	540	512
3. 4 Allgemeine ABM	554	566	540	512
3. 5 ABM-Stabilisierungsprog. Bund ..	-	-	-	-
3. 6 Produkt. Lohnkostenzuschuss	-	-	-	-
3. 7 Vollzeit - FuU	370	434	448	448
3. 8 Reha	2	3	4	5
3. 9 Teiln. an Deutschlehrgängen	2	3	3	4
3.10 Vorruhestandsgeld	324	305	285	266
3.11 Altersübergangsgeld	457	479	554	573
3.12 Par. 105c AFG	-	1	1	1
3.13 Zusammen	2004	2022	1984	1928

	1992	1993	1994	1995 *)
101	91	61	54	50
30	-	-	17	23
440	376	300	301	307
440	361	224	110	213
-	4	37	119	-
-	11	39	72	94
383	376	324	278	244
5	5	4	4	3
6	7	7	6	7
246	224	203	182	161
651	647	639	621	569
1	1	1	1	2
1863	1727	1539	1464	1366

	1992	1993	1994	1995 *)
194	77	39	25	4
4	12	6	7	543
543	354	376	385	543
-	40	-	230	-
-	31	117	155	-
425	340	238	216	4
4	4	3	7	3
3	6	7	8	295
295	213	126	37	516
516	639	524	326	1
1	1	2	3	1985
1985	1646	1321	1014	

*) Haushalt der BA; eigene Schätzungen.

- 1) Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von „Vollzeitbeschäftigten“ errechnet. Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der Bauarbeiter im SWG-Bezug ist statistisch nicht nachgewiesen.
- 2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.
- 3) Arbeitsförderung „Umwelt, soziale Dienste, Jugendhilfe“ (einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Maßnahmen) nach Par. 249 h AFG.
- 4) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (Par. 41a AFG).
- 5) Rehabilitanden in beruflfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung.
- 6) Vorruhestandsfälle mit Zuschuß zum Vorruhestandsgeld (aus Haushaltsmitteln der BA).
- 7) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger.
- 8) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg bzw. Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB.

Wie im Westen treten zur unmittelbaren Arbeitsmarktentlastung durch Beschäftigungsschaffende Maßnahmen mittelbare Beschäftigungseffekte. Dabei haben Zulieferungen anderer Wirtschaftsbereiche in den neuen Bundesländern größere Bedeutung als im Westen, denn es werden überwiegend investive Projekte gefördert, die in größerem Umfang Sachmittel erfordern. Über entsprechende Zulieferungen kommen somit auf diesem Wege ABM und § 249h mittelbar oft auch anderen Wirtschaftsbereichen zugute. Freilich zeigen neuere Forschungsergebnisse, daß ganz allgemein expansive Impulse im Osten über die regionale Wirtschaftsverflechtung in hohem Maße positiv auf den Westen ausstrahlen.²⁶

Demgegenüber spielen die Einkommens- und Verbrauchseffekte in den neuen Bundesländern eine geringere Rolle, denn nach wie vor zielen ABM und Produktive Lohnkostenzuschüsse im Osten nicht so stark wie im Westen auf Langzeitarbeitslose und es werden dementsprechend mehr Leistungsempfänger einbezogen.

Insgesamt schätzen wir in grober, vorläufiger Rechnung den mittelbaren Zusatzeffekt der Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen auf 40 % der unmittelbaren Beschäftigungswirkung.

Demnach wurden mit ABM und Produktiven Lohnkostenzuschüssen 1994 knapp 400 000 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen oder gesichert. 1995 soll dieses Ergebnis übertroffen werden (416 000). Abzüglich des auf die Stille Reserve entfallenen Effekts wurde die Arbeitslosigkeit 1994 um schätzungsweise 370 000 entlastet. Für 1995 rechnen wir unter den getroffenen Annahmen mit einem Entlastungseffekt von rd. 380 000.

²⁶ Vgl. Filip-Köhn, R.; Stäglich, R.: Im Osten kaufen, im Westen produzieren? Ergebnisse einer Input-Output-Analyse über die Wirkung von Nachfrageimpulsen. IAB-Kurzbericht Nr. 13/1994.

Die Zahl der Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen zur *Fortbildung und Umschulung* war auch im Jahr 1994 stark rückläufig. Der Bestand hat um gut 100 000 Personen abgenommen (1993: – 80 000). Der Anteil vorher arbeitsloser Teilnehmer ist weiter, nahezu stetig angestiegen (1993: 85 %, 1994:93%).

Die Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit fiel 1994 mit knapp 240 000 um rd. 100 000 Personen geringer aus als im Vorjahr.

1995 wird es im Rahmen des verfügbaren Budgets der BA erneut weniger Fördermöglichkeiten geben. Es ist mit einem weiteren Rückgang des Teilnehmerbestandes um gut 20 000 auf knapp 220 000 im Jahresdurchschnitt zu rechnen. Auch die Entlastungswirkung nimmt etwa in diesem Umfang ab.

In den neuen Bundesländern spielen *Reha-Maßnahmen, Deutsch-Sprachlehrgänge für Aussiedler* sowie die *Regelung nach § 105c AFG* als Entlastungsfaktoren eine relativ geringe Rolle (1994: 12 000, 1995: 18 000). Sie zeigen allerdings steigende Tendenz. So sind in den neuen Bundesländern aufgrund der dort schlechteren Arbeitsmarktlage die Integrationschancen der Aussiedler in der Regel schlechter als in den alten Bundesländern. Die Teilnahme an Sprachkursen entlastet kurzfristig die Arbeitslosigkeit und kann auf längere Sicht die beruflichen Perspektiven der Teilnehmer verbessern. An den mehrmonatigen Kursen haben 1994 mehr Personen teilgenommen als im Vorjahr. 1995 ist mit einer weiteren Zunahme zu rechnen. Auf Jahresdurchschnitte umgerechnet sind die Entlastungszahlen freilich nach wie vor klein (7 000 bzw. 8 000).

Durch diese *arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der BA* wird die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern 1995 insgesamt um voraussichtlich gut 1 Mio entlastet, das sind rd. 300 000 Personen weniger als im Vorjahr.

Tabellenanhang

Tabelle 1: Lange Reihen zur Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage in Westdeutschland

Jahres- durch- schnitt bzw. -summe	Bruttoinlands- produkt 1)		Arbeitsvolumen		Erwerbstätige		Arbeitszeit je Erwerbstätigen 2)		Produktivität je Erwerbs- tätigenstunde		Arbeits- tage- Effekt
	Mio.DM	Veränd. in %	Mio. Arb.std.	Veränd. in %	Personen in 1000	Veränd. in %	Arbeits- stunden	Veränd. in %	in DM	Veränd. in %	Veränd. in %
1970	1543200	+ 5.0	51768.1	+ 0.4	26560	+ 1.3	1949.1	- 0.9	29.81	+ 4.6	+ 0.4
1971	1590400	+ 3.1	51362.6	- 0.8	26668	+ 0.4	1926.0	- 1.2	30.96	+ 3.9	+ 0.5
1972	1658000	+ 4.3	50881.3	- 0.9	26774	+ 0.4	1900.4	- 1.3	32.59	+ 5.2	- 0.4
1973	1737000	+ 4.8	50537.6	- 0.7	27066	+ 1.1	1867.2	- 1.7	34.37	+ 5.5	- 0.3
1974	1740400	+ 0.2	49016.1	- 3.0	26738	- 1.2	1833.2	- 1.8	35.51	+ 3.3	- 0.4
1975	1718600	- 1.3	46802.2	- 4.5	26020	- 2.7	1798.7	- 1.9	36.72	+ 3.4	+ 0.1
1976	1810100	+ 5.3	47400.3	+ 1.3	25882	- 0.5	1831.4	+ 1.8	38.19	+ 4.0	+ 1.7
1977	1861600	+ 2.8	46597.2	- 1.7	25919	+ 0.1	1797.8	- 1.8	39.95	+ 4.6	- 0.8
1978	1917400	+ 3.0	46555.8	- 0.1	26130	+ 0.8	1781.7	- 0.9	41.18	+ 3.1	- 0.4
1979	1998400	+ 4.2	46783.6	+ 0.5	26568	+ 1.7	1760.9	- 1.2	42.72	+ 3.7	- 0.3
1980	2018000	+ 1.0	47101.7	+ 0.7	26980	+ 1.6	1745.8	- 0.9	42.84	+ 0.3	+ 0.3
1981	2020000	+ 0.1	46598.3	- 1.1	26951	- 0.1	1729.0	- 1.0	43.35	+ 1.2	- 0.2
1982	2001000	- 0.9	46187.1	- 0.9	26630	- 1.2	1734.4	+ 0.3	43.32	- 0.1	+ 0.5
1983	2036200	+ 1.8	45343.3	- 1.8	26251	- 1.4	1727.3	- 0.4	44.91	+ 3.7	0.0
1984	2093500	+ 2.8	45221.3	- 0.3	26293	+ 0.2	1719.9	- 0.4	46.29	+ 3.1	- 0.4
1985	2136000	+ 2.0	44928.0	- 0.6	26489	+ 0.7	1696.1	- 1.4	47.54	+ 2.7	- 0.7
1986	2186100	+ 2.3	45257.7	+ 0.7	26856	+ 1.4	1685.2	- 0.6	48.30	+ 1.6	+ 0.2
1987	2218400	+ 1.5	45265.5	+ 0.0	27050	+ 0.7	1673.4	- 0.7	49.01	+ 1.5	+ 0.4
1988	2301000	+ 3.7	45700.3	+ 1.0	27261	+ 0.8	1676.4	+ 0.2	50.35	+ 2.7	+ 0.4
1989	2384400	+ 3.6	45801.6	+ 0.2	27658	+ 1.5	1656.0	- 1.2	52.06	+ 3.4	- 0.4
1990	2520400	+ 5.7	46161.6	+ 0.8	28479	+ 3.0	1620.9	- 2.1	54.60	+ 4.9	- 0.7
1991	2647600	+ 5.0	46841.2	+ 1.5	29190	+ 2.5	1604.7	- 1.0	56.52	+ 3.5	0.0
1992	2694300	+ 1.8	47647.4	+ 1.7	29452	+ 0.9	1617.8	+ 0.8	56.55	+ 0.0	+ 1.4
1993 3)	2648600	- 1.7	46155.5	- 3.1	28994	- 1.6	1591.9	- 1.6	57.38	+ 1.5	+ 0.1
1994 3)	2708900	+ 2.3	45175.3	- 2.1	28636	- 1.2	1577.6	- 0.9	59.96	+ 4.5	- 0.4
1995 4)	2776620	+ 2.5	44834.4	- 0.8	28736	+ 0.3	1560.2	- 1.1	61.93	+ 3.3	- 0.4

1) Real, in Preisen von 1991. - 2) Entwicklung der Arbeitstage voll enthalten. - 3) Vorläufig - 4) Schätzung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IAB.

Tabelle 2: Lange Reihen zur Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage in Ostdeutschland

Jahres- durch- schnitt bzw. -summe	Bruttoinlands- produkt 1)		Arbeitsvolumen		Erwerbstätige		Arbeitszeit je Erwerbstätigen 2)		Produktivität je Erwerbs- tätigenstunde		Arbeits- tage- Effekt
	Mio.DM	Veränd. in %	Mio. Arb.std.	Veränd. in %	Personen in 1000	Veränd. in %	Arbeits- stunden	Veränd. in %	in DM	Veränd. in %	Veränd. in %
1989	302200	.	16222.5	.	9745	.	1664.7	.	18.63	.	- 0.4
1990	255100	-15.6	14682.6	- 9.5	8820	- 9.5	1664.7	0.0	17.37	- 6.7	- 1.6
1991	206000	-19.2	11151.3	-24.1	7321	-17.0	1523.2	- 8.5	18.47	+ 6.3	- 0.8
1992	222100	+ 7.8	11055.3	- 0.9	6463	-11.7	1710.6	+12.3	20.09	+ 8.8	+ 1.3
1993 3)	235000	+ 5.8	10977.1	- 0.7	6273	- 2.9	1749.9	+ 2.3	21.41	+ 6.6	+ 0.2
1994 3)	255900	+ 8.9	10976.1	- 0.0	6323	+ 0.8	1735.9	- 0.8	23.31	+ 8.9	- 0.4
1995 4)	278930	+ 9.0	11004.7	+ 0.3	6423	+ 1.6	1713.3	- 1.3	25.35	+ 8.7	- 0.4

1) Real, in Preisen von 1991. - 2) Entwicklung der Arbeitstage voll enthalten. - 3) Vorläufig - 4) Schätzung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IAB.

Tabelle 3: Ableitung der Entwicklung des Arbeitskräftepotentials für Westdeutschland

		1991	1992	1993	1994	1995
A. Wohnortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)						
1	Deutsche	+ 220	+ 126	+ 56	- 20	- 54
2	Vorgabe Langfristprojektion	- 49	- 59	- 85	- 138	- 162
3	davon Demographie (ohne Wanderungen)	- 133	- 145	- 178	- 224	- 248
4	Verhaltenskomponente	+ 84	+ 86	+ 93	+ 86	+ 86
5	Aus Zuzügen aus Ostdeutschland 1)	+ 177	+ 158	+ 112	+ 85	+ 69
6	Aus Fortzügen nach Ostdeutschland 1)	- 39	- 64	- 67	- 61	- 56
7	Aus Zuzügen von Aussiedlern 1)	+ 146	+ 98	+ 97	+ 93	+ 95
8	Aus sonstigem Wanderungssaldo 1)	- 15	- 7	- 1	+ 1	0
10	Ausländer	+ 231	+ 326	+ 222	+ 92	+ 58
11	Vorgabe Langfristprojektion	+ 36	+ 37	+ 32	+ 38	+ 33
12	davon Demographie (ohne Wanderungen)	+ 27	+ 30	+ 26	+ 25	+ 25
13	Verhaltenskomponente	+ 9	+ 7	+ 6	+ 13	+ 8
14	Aus Wanderungssaldo ohne Asylzuwanderungen 1) .	+ 72	+ 66	+ 19	- 22	- 23
15	Aus Asylzuwanderungen 2)	+ 123	+ 223	+ 171	+ 76	+ 48
17	Deutsche und Ausländer	+ 451	+ 452	+ 278	+ 72	+ 4
B. Pendler (Jahresdurchschnitte in 1000)						
18	Einpendler aus den neuen Bundesländern	325	425	432	439	439
19	Auspendler in die neuen Bundesländer	54	84	103	108	110
20	Auspendler in das Ausland	151	138	122	106	90
21	Pendlersaldo Deutsche	+ 120	+ 203	+ 207	+ 225	+ 239
22	Vorjahresveränderung in 1000	+ 200	+ 83	+ 4	+ 18	+ 14
23	Einpendler aus dem Ausland	96	119	122	105	90
24	Pendlersaldo Ausländer	+ 96	+ 119	+ 122	+ 105	+ 90
25	Vorjahresveränderung in 1000	+ 23	+ 23	+ 3	- 17	- 15
26	Pendlersaldo Deutsche und Ausländer	+ 216	+ 322	+ 329	+ 330	+ 329
27	Vorjahresveränderung in 1000	+ 223	+ 106	+ 7	+ 1	- 1
C. Beschäftigungsortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)						
28	Deutsche	+ 420	+ 209	+ 60	- 2	- 40
29	Ausländer	+ 254	+ 349	+ 225	+ 75	+ 43
30	Deutsche und Ausländer	+ 674	+ 558	+ 285	+ 73	+ 3
D. Nachr.: Wanderungsannahmen 3) (Jahressummen bzw. -salden in 1000)						
31	Zuzüge von Aussiedlern	205	196	174	171	176
32	Zuzüge (Deutsche) aus Ostdeutschland	244	190	159	142	132
33	Fortzüge (Deutsche) nach Ostdeutschland	76	102	108	110	114
34	Sonstiger Wanderungssaldo Deutsche	-39	-32	-13	-20	-19
35	Wanderungssaldo Ausländer (ohne Asylzuwand.) ..	+ 169	+ 139	- 25	- 27	- 25
36	Asylzuwanderungen	246	394	258	102	88

1) Abgeleitet aus monatlichen Zuzugszahlen.

2) Abgeleitet aus monatlichen Zuzugszahlen; potentialwirksam 50 %. Bis 1986 zur Hälfte erst im Folgejahr, ab 1987 bis Juni 1991 zur Hälfte erst im fünften Folgejahr. Durch die Änderung des Arbeiterlaubnisverfahrens ergibt sich für Juli 1991 ein Schub von „Altfällen“ (die noch in der Fünf-Jahres-Wartefrist stehenden aus den Jahren 1987 bis 1990 und die aus dem ersten Halbjahr 1991), die potentialwirksam werden.

3) Bevölkerung.

Quelle: IAB.

Tabelle 4: Ableitung der Entwicklung des Arbeitskräftepotentials für Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	
A. Wohnortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)						
1	Deutsche	- 66	- 2	- 176	- 166	- 212
2	Vorgabe Langfristprojektion	+ 69	+ 81	- 150	- 164	- 223
3	davon Demographie (ohne Wanderungen)	0	0	0	- 15	- 21
4	Verhaltenskomponente	+ 69	+ 81	- 150	- 149	- 202
5	Aus Fortzügen nach Westdeutschland 1).....	- 177	- 158	- 112	- 85	- 69
6	Aus Zuzügen aus Westdeutschland 1).....	+ 39	+ 64	+ 67	+ 61	+ 56
7	Aus Zuzügen von Aussiedlern 1)	+ 4	+ 12	+ 21	+ 26	+ 27
8	Aus sonstigem Wanderungssaldo 1)	- 1	- 1	- 2	- 4	- 3
10	Ausländer	- 40	+ 16	+ 26	+ 4	+ 13
11	Vorgabe Langfristprojektion	0	0	0	0	0
12	davon Demographie (ohne Wanderungen)	0	0	0	0	0
13	Verhaltenskomponente	0	0	0	0	0
14	Aus Wanderungssaldo ohne Asylzuwanderungen 1) .	- 45	- 9	- 17	- 15	+ 1
15	Aus Asylzuwanderungen 2)	+ 5	+ 25	+ 43	+ 19	+ 12
17	Deutsche und Ausländer	- 106	+ 14	- 150	- 162	- 199
B. Pendler (Jahresdurchschnitte in 1000)						
18	Einpendler aus den alten Bundesländern	54	84	103	108	110
19	Auspendler in die alten Bundesländer	325	425	432	439	439
20	Auspendler in das Ausland	0	0	0	0	0
21	Pendlersaldo Deutsche	- 271	- 341	- 329	- 331	- 329
22	Vorjahresveränderung in 1000	- 192	- 70	+ 12	- 2	+ 2
23	Einpendler aus dem Ausland	2	3	4	5	6
24	Pendlersaldo Ausländer	+ 2	+ 3	+ 4	+ 5	+ 6
25	Vorjahresveränderung in 1000	+ 2	+ 1	+ 1	+ 1	+ 1
26	Pendlersaldo Deutsche und Ausländer	- 269	- 338	- 325	- 326	- 323
27	Vorjahresveränderung in 1000	- 190	- 69	+ 13	- 1	+ 3
C. Beschäftigungsortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)						
28	Deutsche	- 258	- 72	- 164	- 168	- 210
29	Ausländer	- 38	+ 17	+ 27	+ 5	+ 14
30	Deutsche und Ausländer	- 296	- 55	- 137	- 163	- 196
D. Nachr.: Wanderungsannahmen 3) (Jahressummen bzw. -salden in 1000)						
31	Zuzüge von Aussiedlern	17	34	45	52	44
32	Zuzüge (Deutsche) aus Westdeutschland	76	102	108	110	114
33	Fortzüge (Deutsche) nach Westdeutschland	244	190	159	142	132
34	Sonstiger Wanderungssaldo Deutsche	-5	-4	-12	-14	-10
35	Wanderungssaldo Ausländer (ohne Asylzuwand.) ..	- 2	+ 16	- 21	+ 5	+ 10
36	Asylzuwanderungen	10	44	65	25	22

1) Abgeleitet aus monatlichen Zuzugszahlen.

2) Abgeleitet aus monatlichen Zuzugszahlen; potentialwirksam 50 %.

3) Bevölkerung.

Quelle: IAB.

Tabelle 5: Lange Reihen zur Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit
- Westdeutschland -

Maßnahmeart		1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995 *)
		Jahresdurchschnitte in 1000															
A. Inanspruchnahme																	
1. 1	Kurzarbeit	137	347	606	675	384	235	197	278	208	108	56	145	283	767	275	150
1. 2	Schlechtwettergeld	122	148	86	73	54	80	61	82	53	29	41	47	41	54	30	30
1. 3	Beschäftig.schaffende Maßnahmen	41	38	29	45	71	87	102	115	115	97	83	83	78	50	58	82
1. 4	Allgemeine ABM	41	38	29	45	71	87	102	115	115	97	83	83	78	44	58	62
1. 5	ABM-Stabilisierungsprog. Bund ..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7	-	-
1. 6	Produkt. Lohnkostenzuschuss . 3)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20
1. 7	Vollzeit - FuU	91	111	120	117	128	134	154	187	199	190	215	237	250	238	226	218
1. 8	Reha	10	16	22	23	19	18	21	25	31	37	44	48	55	54	40	45
1. 9	Teiln. an Deutschlehrgängen	16	19	14	9	9	9	10	13	34	89	110	76	51	55	50	45
1.10	Vorruhestandsgeld	-	-	-	-	-	12	30	40	47	50	36	23	12	6	3	1
1.11	Altersübergangsgeld	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	2	3	1
1.12	Par. 105c AFG	-	-	-	-	-	-	32	45	58	64	63	63	82	127	139	145
1.13	Zusammen	417	679	877	942	665	575	607	785	745	664	648	722	853	1353	824	717
B. Beschäftigungsäquivalent																	
2. 1	Kurzarbeit	46	108	195	209	129	88	72	93	66	35	20	43	89	228	89	49
2. 2	Schlechtwettergeld	81	99	57	49	36	53	41	55	36	19	27	31	27	36	20	20
2. 3	Beschäftig.schaffende Maßnahmen	66	61	46	68	107	131	143	161	161	136	116	116	110	71	81	115
2. 4	Allgemeine ABM	66	61	46	68	107	131	143	161	161	136	116	116	110	61	81	87
2. 5	ABM-Stabilisierungsprog. Bund ..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9	-	-
2. 6	Produkt. Lohnkostenzuschuss	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28
2. 7	Vollzeit - FuU	91	111	120	117	128	134	154	187	199	190	215	237	250	238	226	218
2. 8	Reha	10	16	22	23	19	18	21	25	31	37	44	48	55	54	40	45
2. 9	Teiln. an Deutschlehrgängen	16	19	14	9	9	9	10	13	34	89	110	76	51	55	50	45
2.10	Vorruhestandsgeld	-	-	-	-	-	12	30	40	47	50	36	23	12	6	3	1
2.11	Altersübergangsgeld	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	2	3	1
2.12	Par. 105c AFG	-	-	-	-	-	-	32	45	58	64	63	63	82	127	139	145
2.13	Zusammen	310	414	454	475	428	445	503	619	632	620	631	637	677	817	651	639

Maßnahmart	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995 *)
	Jahresdurchschnitte in 1000															

C. Entlastung der Arbeitslosenzahl

3. 1	Kurzarbeit	31	72	130	140	86	58	48	62	44	24	13	29	59	152	60	33
3. 2	Schlechtwettergeld	81	99	57	49	36	53	41	55	36	19	27	31	27	36	20	20
3. 3	Beschäftig.schaffende Maßnahmen	57	53	41	60	95	116	129	146	146	123	105	105	99	64	73	104
3. 4	Allgemeine ABM	57	53	41	60	95	116	129	146	146	123	105	105	99	55	73	79
3. 5	ABM-Stabilisierungsprog. Bund ..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9	-	-
3. 6	Produkt. Lohnkostenzuschuss	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25
3. 7	Vollzeit - FuU	74	92	103	105	118	124	143	172	181	168	191	210	220	207	203	205
3. 8	Reha	7	12	17	18	15	14	17	19	24	28	33	37	42	41	31	35
3. 9	Teiln. an Deutschlehrgängen	16	19	14	9	9	9	10	13	34	89	110	76	51	55	50	45
3.10	Vorruhestandsgeld	-	-	-	-	-	12	30	40	47	50	36	23	12	6	3	1
3.11	Altersübergangsgeld	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	2	3	1
3.12	Par. 105c AFG	-	-	-	-	-	-	32	45	58	64	63	63	82	127	139	145
3.13	Zusammen	266	347	362	381	359	386	450	552	570	565	578	574	593	690	582	589

*) Haushalt der BA; eigene Schätzungen.

- 1) Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von „Vollzeitbeschäftigten“ errechnet. Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der Bauarbeiter im SWG-Bezug ist statistisch nicht nachgewiesen.
- 2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.
- 3) Arbeitsförderung „Umwelt, soziale Dienste, Jugendhilfe“ (einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Maßnahmen) nach Par. 242s AFG.
- 4) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (Par. 41a AFG).
- 5) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung.
- 6) Vorruhestandsfälle mit Zuschuß zum Vorruhestandsgeld (aus Haushaltsmitteln der BA).
- 7) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger; Altersübergangsgeld im Westen ist durch Umzüge bedingt.
- 8) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg bzw. Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB.

Tabelle 6: Lange Reihen zur Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit – Ostdeutschland –

Maßnahmeart		1990	1991	1992	1993	1994	1995 *)
		Jahresdurchschnitte in 1000					
A. Inanspruchnahme							
1. 1	Kurzarbeit	758	1616	370	181	97	70
1. 2	Schlechtwettergeld	-	3	6	18	9	10
1. 3	Beschäftig.schaffende Maßnahmen	3	183	388	260	281	298
1. 4	Allgemeine ABM	3	183	388	208	193	178
1. 5	ABM-Stabilisierungsprog. Bund ..	-	-	-	29	-	-
1. 6	Produkt. Lohnkostenzuschuss . 3)	-	-	-	22	88	120
1. 7	Vollzeit - FuU	7	169	425	345	241	218
1. 8	Reha	-	1	4	5	4	8
1. 9	Teiln. an Deutschlehrgängen	-	-	3	6	7	8
1.10	Vorruhestandsgeld	180	365	295	213	126	37
1.11	Altersübergangsgeld	10	189	516	639	524	326
1.12	Par. 105c AFG	-	-	1	1	2	3
1.13	Zusammen	958	2526	2008	1668	1291	978
B. Beschäftigungsmäquivalent							
2. 1	Kurzarbeit	341	901	194	85	46	34
2. 2	Schlechtwettergeld	-	2	4	12	6	7
2. 3	Beschäftig.schaffende Maßnahmen	5	257	543	364	393	416
2. 4	Allgemeine ABM	5	257	543	292	270	249
2. 5	ABM-Stabilisierungsprog. Bund ..	-	-	-	41	-	-
2. 6	Produkt. Lohnkostenzuschuss	-	-	-	31	123	168
2. 7	Vollzeit - FuU	7	169	425	345	241	218
2. 8	Reha	-	1	4	5	4	8
2. 9	Teiln. an Deutschlehrgängen	-	-	3	6	7	8
2.10	Vorruhestandsgeld	180	365	295	213	126	37
2.11	Altersübergangsgeld	10	189	516	639	524	326
2.12	Par. 105c AFG	-	-	1	1	2	3
2.13	Zusammen	543	1884	1985	1670	1349	1057
C. Entlastung der Arbeitslosenzahl							
3. 1	Kurzarbeit	341	901	194	77	39	25
3. 2	Schlechtwettergeld	-	2	4	12	6	7
3. 3	Beschäftig.schaffende Maßnahmen	5	257	543	354	376	385
3. 4	Allgemeine ABM	5	257	543	284	258	230
3. 5	ABM-Stabilisierungsprog. Bund ..	-	-	-	40	-	-
3. 6	Produkt. Lohnkostenzuschuss	-	-	-	31	117	155
3. 7	Vollzeit - FuU	7	169	425	340	238	216
3. 8	Reha	-	-	4	4	3	7
3. 9	Teiln. an Deutschlehrgängen	-	-	3	6	7	8
3.10	Vorruhestandsgeld	180	365	295	213	126	37
3.11	Altersübergangsgeld	10	189	516	639	524	326
3.12	Par. 105c AFG	-	-	1	1	2	3
3.13	Zusammen	543	1883	1985	1646	1321	1014

*) Haushalt der BA; eigene Schätzungen.

1) Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von „Vollzeitbeschäftigten“ errechnet. Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der Bauarbeiter im SWG-Bezug ist statistisch nicht nachgewiesen.

2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.

3) Arbeitsförderung „Umwelt, soziale Dienste, Jugendhilfe“ (einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Maßnahmen) nach Par. AFG.

4) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (Par. 41a AFG).

5) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung.

6) Vorruhestandsfälle mit Zuschuß zum Vorruhestandsgeld (aus Haushaltsmitteln der BA).

7) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger.

8) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg bzw. Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB.

Tabelle 7: Durchschnittliche Jahresarbeitszeit und ihre Komponenten für alle Arbeitnehmer in Ostdeutschland

			1991	1992	1993	1994	1995		
							VAR. I	VAR. II	VAR. III
1	Kalender-Vorgaben: Tage im Jahr	Tage	365	366	365	365	365	365	365
2	Sonntage	"	52	52	52	52	53	53	53
3	Samstage	"	52	52	52	53	52	52	52
4	Feiertage	"	12.0	9.7	8.2	8.3	9.3	9.3	9.3
5	Potentielle Arbeitstage (1-(2+3+4)) ..	Tage	249.0	252.3	252.8	251.7	250.7	250.7	250.7
6	Tarifliche Vorgaben: Wochenarbeitstage	Tage	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0
7	Korrigierte potentielle Arbeitstage	"	249.0	252.3	252.8	251.7	250.7	250.7	250.7
8	Wochenarbeitszeit	Std.	41.15	40.17	40.00	39.85	39.70	39.70	39.70
9	Tägliche Arbeitszeit (8:6)	"	8.23	8.03	8.00	7.97	7.94	7.94	7.94
10	Tariflicher Jahresurlaub	Tage	25.7	26.8	28.4	29.2	30.0	30.0	30.0
11	Urlaubsber. jährl. Arb.tage (7-10)	"	223.3	225.5	224.4	222.5	220.7	220.7	220.7
12	Tarifliche jährl. Arbeitszeit (9x11)	Std.	1837.8	1811.7	1795.2	1773.3	1752.4	1752.4	1752.4
13	Krankenstand: der Personen	in %	4.10	4.30	4.55	4.80	4.85	4.90	5.00
14	in Arb.tagen (13x11:100)	Tage	9.2	9.7	10.2	10.7	10.7	10.8	11.0
15	in Arb.stunden (14x9) ..	Std.	75.3	77.9	81.7	85.1	85.0	85.9	87.6
16	Krankenstandsber. Jahresarb.zeit (12-15)	Std.	1762.4	1733.8	1713.5	1688.2	1667.4	1666.5	1664.7
17	Effektive Arbeitstage pro Jahr (11-14)	Tage	214.1	215.8	214.2	211.8	210.0	209.9	209.7
18	Mehrarbeitsstunden: pro Woche	Std.	0.55	0.93	1.15	1.20	1.20	1.23	1.25
19	pro Tag (18:6) ..	"	0.11	0.19	0.23	0.24	0.24	0.25	0.25
20	pro Jahr (19x17)	"	23.6	40.1	49.3	50.8	50.4	51.6	52.4
21	Jahresarbeitszeit einschl. Mehrarb.std.	Std.	1786.0	1773.9	1762.8	1739.0	1717.8	1718.1	1717.2
22	Kurzarbeit	Std.	238.5	58.3	26.1	14.3	14.5	10.1	7.2
23	Schlechtwetter	"	0.7	2.1	5.7	3.0	2.9	2.9	2.9
24	Arbeitskampf	"	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
25	Teilzeit	"	61.0	63.7	45.5	49.7	54.1	54.1	54.1
26	Flexible Arbeitszeit	"	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
27	Erziehungsurlaub	"	7.0	9.1	9.4	11.8	14.3	14.3	14.3
28	Sonstiges	"	20.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
29	Summe (22 bis 28)	Std.	327.2	133.2	86.7	78.8	85.8	81.4	78.4
30	TATSÄCHLICHE JAHRESARBEITSZEIT (21-29)	Std.	1458.8	1640.7	1676.1	1660.2	1631.9	1636.7	1638.7
31	Veränderung gegen Vorjahr	%	-9.7	12.5	2.2	-0.9	-1.7	-1.4	-1.3
32	Arbeitstage-Effekt	%	-0.8	1.3	0.2	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
33	Tägliche Arbeitszeit	"	-8.9	11.0	2.0	-0.5	-1.3	-1.0	-0.9